

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

«Wir haben uns zu bewegen»



Temperamentvoll und mit Humor plädierte Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz am FDP-Parteitag 1991 in Freiburg für die neue Bundesfinanzordnung. (Photo ruti)

Im Zentrum des FDP-Parteitages stand das Parteiprogramm für die nächsten vier Jahre. Dazu waren die Parolen für die Abstimmungen vom 2. Juni zu fassen. Bundesrat Delamuraz hielt ausserdem ein gewichtiges Referat zum Thema Europa. Post festum darf gesagt werden, dass die FDP an ihrem Parteitag politische Akzente gesetzt hat und «liberal verjüngt» in den Wahlherbst zieht.

AMK. Welche Positionen vertritt die FDP in den nächsten vier Jahren? Antwort auf diese Frage gibt das Parteiprogramm, das die Delegierten nach intensiven Vorarbeiten am Parteitag 1991 der FDP in Freiburg diskutiert und verabschiedet haben. Die Arbeit am Parteiprogramm stand unter dem Motto «liberale Verjün-

gungskur». Mit dem «Liberalen Manifest» wurde dafür bereits 1990 gedankliche Vorarbeit geleistet.

Die FDP tritt nach zwei Jahren gründlicher Arbeit und nach Erfolgen bei kantonalen Wahlen in Freiburg, Baselland, Zürich, Luzern und im Tessin mit neuem Selbstbewusstsein auf. Allerdings, der Präsident, Nationalrat Franz Steinegger, hat keinesfalls die Absicht, «die Trainingseinheiten zu reduzieren», wie er in seiner Eröffnungsansprache sagte.

«Wir haben in der Schweiz in der Regel bürgerliche Mehrheiten. Oft sind wir in diesen Mehrheiten die grösste Gruppe. Wir haben deshalb nicht über die Entwicklung der Dinge zu jammern, sondern wir haben uns zu bewegen und unsere Perspektiven und Ideen für die Zukunft zu erarbeiten, vorzustellen und durchzusetzen», schärfte Präsident Steinegger den FDP-Delegierten weiter ein. □

Parolen der FDP Schweiz



Am Parteitag vom 26./27. April 1991 in Freiburg fassen die Delegierten der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) für die eidgenössische Volksabstimmung vom 2. Juni 1991 mit jeweils deutlichem Mehr folgende Parolen:

- Ja zur Neuordnung der Bundesfinanzen
- Ja zur Revision des Militärstrafrechts □

Inhalt

- Zur Änderung des Militärstrafgesetzes äussert sich Bundesrat Villiger ab Seite 8
- Zur brüchigen Nein-Front bei der Finanzvorlage Ständerat Hunziker auf Seite 9
- Philosophische Ausführungen über den Sinn der Schweiz von Ständerat Iten ab Seite 10

Auflösung des jugoslawischen Bundesstaates

Der von den jugoslawischen Kommunisten unter Josip Brosz, genannt Tito, nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene und mit eiserner Hand zusammengehaltene Sozialistische Bundesstaat aus sechs Republiken existiert nicht mehr. Es müssten neue, friedliche Formen des Zusammenlebens gefunden werden. Das scheint kaum mehr möglich.



Mit dem Rotationsprinzip hinterliess Tito den Jugoslawen eine «Zeitbombe des Zerfalls».

◉ Jacques Baumgartner

Die jugoslawische Krise wird von drei Männern dominiert. Am Status quo klebt der serbische Präsident und Altkommunist Milosowitsch. Serbien ist die grösste Republik, aber wirtschaftlich nicht die stärkste. Aber die Serben haben das Sagen in der Armee. Milosowitsch möchte eine Art zweiter Tito werden.

Der Kroat und Kommunist Tito schuf nach dem Zweiten Weltkrieg den jugoslawischen Vielvölkerstaat. Dabei ging er nicht zimperlich vor. Tausende von politisch Missliebigen sind in jenen Jahren auch in Jugoslawien – ähnlich wie in den anderen osteuropäischen Staaten – für immer verschwunden, «physisch liquidiert» worden.

Milosowitsch möchte der neue mächtige Mann Jugoslawiens werden. Milosowitsch möchte eine «modifizierte» Föderation. Der Zentralregierung oblägen die Verteidigungs-, Aussen- und Währungspolitik.

Gegen eine solche Lösung ist Frandscho Tudschman, der kroatische Präsident. Der ehemalige Armeegeneral ist ein

glühender Nationalist. Er möchte seine nichtkommunistische Republik aus der «bundesstaatlichen Zwangsjacke» befreien. Tudschman wird darin vom slowenischen Präsidenten, Milan Kutschan, unterstützt. Kutschan ist (gemässigter) Ex-Kommunist. Kroatien und Slowenien befürworten eine Konföderation völlig unabhängiger Staaten.

Kroatien und Slowenien sind die reichsten, wirtschaftlich am weitesten entwickelten Republiken. Schon seit Jahren blicken sie westwärts. Vor einem Jahr wählten Kroaten und Slowenen erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg frei ihre Volksvertreter. Serbien reagierte mit verfassungswidriger Besteuerung von slowenischen, kroatischen Waren.

Tudschman «kreierte» hierauf eine kroatische Miliz und verordnete den Medien seiner Republik antiserbische Rhetorik.

Die «Zeitbombe des Zerfalls» hat Tito den Jugoslawen hinterlassen. Um die Herausbildung eines neuen Diktators zu verhindern, änderte er schon 1974 die Verfassung dahin, dass die Führungsposition der «Sozialistischen Bundes-

republik Jugoslawien» jährlich von einer anderen Person zu besetzen sei. Das Rotationsprinzip als Klammer, um die Nation zusammenzuhalten, funktionierte, solange Tito lebte.

Doch der legendäre Partisanenführer legte damit den Grundstein für die Spaltung der Partei, des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ). Der BdKJ ist nicht einmal mehr ein loser Zusammenhalt. Ein Fastkrieg aller gegen alle, in dem sich religiöse Gegensätze zwischen Katholiken, Orthodoxen, Muslimen mit den nationalen Gegensätzen zwischen den Kroaten, Makedoniern, Montenegrinern, Albanern, Serben, Slowenen und «Jugoslawen» vermischen, herrscht schon seit Jahren.

Als «Jugoslawen» gelten jene Bürger ohne «ethnischen Stamm». Daneben gibt es Slowaken (80 000), Ungarn (430 000) und bulgarische, tschechische, italienische, türkische Minderheiten sowie 150 000 Roms (Zigeuner). Seit Titos Tod vor elf Jahren ist es zudem wirtschaftlich nur abwärts gegangen. Mangels eines wirklichen politischen Zen-

trums wurden tiefgreifende Reformen nur halbherzig durchgeführt.

Kroaten und Serben misstrauen sich von alters her. Tito hatte geglaubt, die Ängste in seiner kroatischen Heimat zerstreuen zu können, als er innerhalb Serbiens die autonomen Provinzen Kosovo und Wojwodina schuf. Aber heute haben in Kosovo die Albaner die Serben verdrängt. Kosovo ist aber die Wiege der serbischen Kultur, die Geburtsstätte des mittelalterlichen Gross-Serbiens.

Wie der Machtkampf in Jugoslawien ausgehen wird, entscheidet letztlich die 138 000 Mann starke Armee, die noch stark kommunistisch beziehungsweise serbisch beeinflusst ist. Siebzig Prozent des Offizierskorps stellen die Serben. Die Militärs haben rein materiell gesehen am meisten zu verlieren. Ein Drittel des jugoslawischen Staatsbudgets verschlingt das Verteidigungsministerium. Ein Offizier mittleren Ranges verdient monatlich umgerechnet an die 2800 Franken. Vergleichsweise dazu beträgt das jugoslawische durchschnittliche Monatslohn etwa 520 Franken. □

Nationalismus und Demokratie

Wer meine, man könne Jugoslawien auf friedlichem Weg durch eine Anzahl unabhängiger Staaten ersetzen, der irre, sagt Mihajlo Mihajlov, seinerzeit einer der bekanntesten jugoslawischen Dissidenten. In der Zeitschrift «The New Leader» (New York) veröffentlichte er jüngst die Warnung, selbst ein lockerer Staatenbund wäre eine Einladung zum Bürgerkrieg. Jugoslawien werde auch als Sowjetunion

en miniature bezeichnet. Es gäbe Ähnlichkeiten, vor allem in der Brisanz der nationalen Fragen.

Es gebe auch Unterschiede, und zu ihnen gehöre die Erfahrung mit dem wirtschaftlichen Umbau: «Jugoslawien hat schon vor Jahrzehnten mit der ökonomischen Perestroika begonnen und glücklich vorgezeigt, dass damit allein nicht viel zu machen ist. Zu politischer Bewegung in

grundlegenden Dingen sei es in Jugoslawien sehr spät gekommen. Erst unter dem Druck der osteuropäischen Wende von Ende 1989 und dem regelrechten Einsturz der Kommunistischen Partei in den meisten jugoslawischen Republiken hätten die Behörden in Belgrad pluralistische Wahlen zugelassen: «Im Ergebnis entstand, so oder anders unter nationalistischen Vorzeichen, eine Zweiteilung: In Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien wurden die Kommunisten durch Nationalisten bür-

gerlicher Prägung abgelöst. In Serbien und Montenegro blieben die Nationalisten kommunistischer Prägung, die sich nunmehr Sozialisten nannten, unter dieser neuen Benennung an der Macht.»

Mihajlo Mihajlov ist der Ansicht, dass «ein erheblicher Teil» der Bevölkerung und vor allem der Jugend in allen Republiken auf der «Suche nach einem politischen Instrumentarium ist, um aus Jugoslawien eine neue, eine demokratische Föderation zu machen».

J. B.

Ständeratskandidat Rolf Büttiker: Einsatz für freiheitliche Lösungen

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Die Dynamik der Veränderungsprozesse bietet uns die günstige Gelegenheit, uns auf die eigene Identität, auf die tragenden Grundwerte und auf die Willensnation Schweiz neu zu besinnen.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Dass wir in der Schweiz vor lauter Nebensächlichkeiten den Blick für das Wesentliche, das Ganze und für die Zukunft verloren haben.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die wichtigste: das Rad. Die entbehrlichste: die militärische Anwendung der Atombombe.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Vielfalt und den Meinungspluralismus. Im Sinne des Nebeneinanderlebens von Verschiedenheiten und Gegensätzen ist die Schweiz immer noch Modellfall.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Dass viele Leute aus Egoismus die Gemeinschaft vergessen und viele Politiker Föderalismus und Gemeindeautonomie

mit «Kirchturmspolitik» verwechseln.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Dieser Satz stimmt in einer direkten Demokratie mit Volksherrschaft nicht, weil dort die Mehrheiten und Minderheiten immer wieder anders zusammengesetzt sind.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil die komplexen Probleme von Gegenwart und Zukunft nur mit freiheitlichen Lösungen bewältigt werden können.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Hildegard Hamm-Brücher, FDP-Mitglied im deutschen Bundestag, weil sie auch in schwierigen Zeiten die liberale Flagge immer blitzsauber hochgehalten hat.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Wenn sie bereit sind, unter schwierigen Umständen in unruhigen Zeiten echte Führungsarbeit zu leisten.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Die Frauen machen in der Schweiz zwar mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Sie sind auch – zumindest formal – mit gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet, keineswegs aber haben die Frauen das entsprechende politische und gesellschaftliche Gewicht erhalten.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Weil ich oft nicht «Nein» sagen kann, bin ich mit Arbeit überlastet. Andererseits bin ich psychisch und physisch recht stark belastbar.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

«Der alte Mann und das Meer» von Ernest Hemingway.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Mit den Senioren Fussball spielen und ab und zu zum Fischfang gehen.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Ein Jahr Zeit haben, um Amerika im Detail kennenzulernen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Die Sportlerin Vreni Schneider, weil sie trotz den grossen sportlichen Erfolgen ein Mensch «zum Anfassen» geblieben ist. □



Ständeratskandidat Rolf Büttiker bei einem seiner zahlreichen Auftritte auf allen politischen Ebenen. (Photo ruti)

Kurzbiographie

Rolf Büttiker

Zur Person: Bürger und Einwohner von Wolfwil SO, aufgewachsen mit drei Geschwistern auf einem Zimmereibetrieb, ledig, Schulen in Wolfwil und Kantonsschule Solothurn, Studium an der Uni Zürich, im Militär: Oblt der Infanterie.

Alter: 41

Berufliche Stationen: dipl. Naturwissenschaftler, zwölf Jahre Hauptlehrer und Vize- rektor an der Graphischen Fachschule Aarau, seit 1988

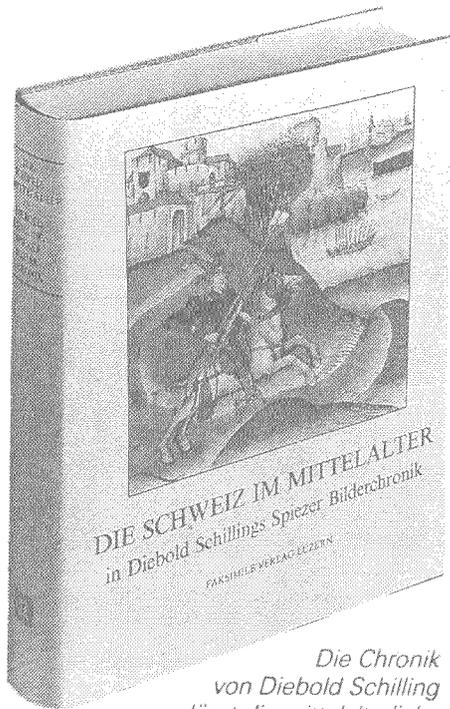
Geschäftsführer beim Industrie- und Handelsverein Olten und Umgebung.

Politischer Werdegang: 1977 Gemeinderat Wolfwil, 1981 bis 1986 Verfassungsrat Kanton Solothurn, 1985 Gemeindepräsident Wolfwil, 1987 Nationalrat und seit 1990 Kantonalparteipräsident.

Liebste Tätigkeit: Sehr gerne spiele ich noch immer selber Fussball oder schaue einem Juniorenmatch zu. Um mich gelegentlich zu erholen, nehme ich gerne die Fischerute und setze mich an die Aare in die freie Natur. □



Die Schweiz im Mittelalter



Die Chronik von Diebold Schilling lässt die mittelalterliche Schweiz in Wort und Bild an uns vorbeiziehen.

Zum Jubiläumsjahr «700 Jahre Eidgenossenschaft» und «800 Jahre Bern» ist in der Edition Bel-Libro im Faksimile-Verlag Luzern der 696 Seiten umfassende Kunst- und Studienband «Die Schweiz im Mittelalter» in Diebold Schillings Spiezer Bilderchronik erschienen.

Die Chronik, die 1484/85 im Auftrag des Schultheissen Rudolf von Erlach entstand, ist das letzte Werk des Berner Stadtschreibers Diebold Schilling. Sie ist ein einmaliges historisches Dokument, welches die mittelalterliche Schweiz in Wort und Bild an

uns vorbeiziehen lässt. Zahlreiche realistische Beobachtungen zur Stadt- und Burgarchitektur, zur Realienkunde oder zur Kleidermode machen die Chronik zu einer interessanten Bildquelle des Mittelalters in der Schweiz. Berichtet wird über Ereignisse aus der Zeit von 1152 bis 1465. Im Kunst- und Studienband sind nebst dem gesamten Text alle 344 Abbildungen der Chronik schwarzweiss wiedergegeben. Ausserdem illustrieren 80 ganzseitige Farbproduktionen das Geschehen. Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen bereichern dieses Werk durch einzelne Beiträge zur Geschichte der Handschrift und ihrer Restaurierung, zur Sprache des Chronisten und zu seinem geistigen Umfeld, zum Stil der Illustrationen und zu ihrem Inhalt.

Der Kunst- und Studienband «Die Schweiz im Mittelalter» in Diebold Schillings Spiezer Bilderchronik ist dank Unterstützung der Burgergemeinde Bern zum Subskriptionspreis von Fr. 380.– beim Faksimile-Verlag Luzern oder bei jeder Buchhandlung erhältlich. □

Das «rote Büchlein» der 700-Jahr-Feier

Der offizielle Veranstaltungskalender der 700-Jahr-Feier liegt an allen Kiosken der Schweiz zu Fr. 2.– auf. Er gibt detaillierte Auskunft über die wichtigsten nationalen Projekte der 700-Jahr-Feier.

Zu jeder Veranstaltung der Festtrilogie des Bundes gibt das «rote Büchlein» – so der Titel des handlichen Kalenders – Detailinformationen wie Veranstaltungsort und -zeit, Eintrittspreise, Reservationsmöglichkeiten usw. Auch die Zürcher «Heureka», der Weg der Schweiz, die Aktion «Begegnung 91» und die «Chance 700» werden vorgestellt. Im Anhang findet sich ein Kalender mit weiteren, lokal ausgerichteten Veranstaltungen. Adressen der verschiedenen kantonalen Delegierten und Organisationen ergänzen das «rote Büchlein» der 700-Jahr-Feier.

Erhältlich ist das «rote Büchlein» überall dort, wo es Zeitungen und Zeitschriften gibt, zum Preis von Fr. 2.–. Begleitet wird sein Erscheinen durch eine Werbekampagne. □

Eine Welt für alle

Was sehen die führenden Vordenker für die globalen Umgestaltungen voraus? Ein Sammelband mit Beiträgen von Gorbatschew, Brandt, Brundtland, de Cuéllar, Sacharow, Capra und anderen gibt Antworten.

Visionen sind gefragt in einer Zeit, die um globale Lösungen ringt, denn alle Probleme sind längst miteinander verknüpft. Eine Umgestaltung im Weltformat ist der einzige noch gangbare Weg der Menschheit, meinen prominente Politiker, Forscher, Dissidenten und Publizisten im Buch «Eine Welt für alle». Willy Brandt und Pérez de Cuéllar, Michael Gorbatschew und Gro Harlem Brundtland, Karlheinz Böhm und Fridjof Capra, Andrei Sacharow und Fang Lizhi zählen zu den Autoren, die in dem

Sammelband ihre Visionen von der wachsenden Einheit der Menschheit darlegen.

Eine russische Ausgabe des Bandes ist Ende 1990 in der Sowjetunion in 10 000 Exemplaren erschienen. Das Taschenbuch mit seinen 19 prominenten Autoren – unter ihnen fünf Frauen – umfasst nahezu ausschliesslich Originalbeiträge, die also andersorts nicht nachzulesen sind.

Uno-Generalsekretär Pérez de Cuéllar umreisst in seinem Beitrag das Ziel: die Synthese von globaler Umwelt- und Entwicklungspolitik. Eine «Ökologisierung der Politik» schwebt Gorbatschew vor, der auch einen «Internationalen Kodex ökologischer Ethik» zur Diskussion stellt. Einen für Umweltfragen zuständigen Sicherheitsrat mit Sanktionsrechten hält Altbundeskanzler und SPD-Ehrenvorsitzender Willy Brandt für hilfreich. Hubert Weinzierl, Chef des Bundes für Umwelt und Naturschutz

«Dictionnaire des mots suisses»

In einer Zeit, wo man die Schweiz eher kritisiert, sind für viele gute Bürger die Konzepte Vaterland und Traditionen noch wichtig.

Der Genfer Autor Alain Nicollier, ehemaliger Schweizer Diplomat und Informationschef des IKRK, hat soeben einen Versuch gemacht, tausend echte Schweizer Wörter der französischen Sprache zu identifizieren und diese in einem Wörterbuch der schweizerischen Sprache zu veröffentlichen. Es handelt sich um Wörter und Ausdrücke, die man bei uns täglich benützt, die aber in den anderen französischsprachigen Ländern der Welt, hauptsächlich in Frankreich, unbekannt sind oder selten benützt werden.

«Dictionnaire des mots suisses de la langue française» von Alain Nicollier, Verlag GVA SA, Cp 135 Champel, 1211 Genf 12. □

(Bund), will «Schöpfungspolitik». Wir sollten unseren überzogenen Wohlstand zurückschrauben, meint Weinzierl.

Über der Wende in Osteuropa die armen Staaten nicht zu vergessen, mahnt Willy Brandt. Die frühere Vorsitzende der Gefangenenhilforganisation Amnesty international, Brigitte Erler, plädiert dafür, die sogenannte Dritte Welt ganz in Ruhe zu lassen. Der Schauspieler und Äthio-

prien-Helfer Böhm sieht das Heil in einer Neuordnung der Weltwirtschaft, und Frau G. Harlem Brundtland schlägt eine weltweite «Perestroika» vor. Einen lehrreichen Einblick in internationale «Business»-Mechanismen gibt schliesslich Dieter Tober, Generalbevollmächtigter einer Frankfurter Privatbank.

«Eine Welt für alle», hrsg. von Andreas Giger, Horizonte, Frankfurt, 206 S., Fr. 19.80. □

*Freiheit
gewinnt.*



Frischer Wind ist bei der FDP spürbar. Der Wahlslogan «Freiheit gewinnt» ist den Freisinnigen ein Ansporn.

(Photos ruti)



Freiheit gewinnt

«Wo ein frischer Wind weht, da stimmt auch der Kurs», lautet ein Slogan der FDP. Dieser frische Wind ist spürbar. In verschiedenen kantonalen Wahlen im Verlaufe dieses Frühjahrs ist es der FDP gelungen, ihre Position zu verstärken. Zum erstmalig seit mehreren Jahren weist die Partei somit wieder eine ausgeglichene Bilanz auf bei kantonalen Wahlen.

Generalsekretär
Christian Kauter

Die Ergebnisse der Freisinnigen bei den jüngsten kantonalen Wahlen bieten einen erfreulichen Auftakt für die eidgenössischen Wahlen im Herbst. Darüber dürfen wir uns freuen. Er bestärkt uns in unserer Zielsetzung, unsere Position als stärkste Fraktion im eidgenössischen Parlament zu behaupten. Dazu beitragen soll auch unser Wahlslogan: «Freiheit gewinnt.»

Mehr als ein Werbespruch

Unter diesem Motto wird die FDP im kommenden Herbst

ihren Wahlkampf führen. «Freiheit gewinnt» ist nicht einfach ein Werbespruch. Es ist so etwas wie Ansporn für all unser Tun. Es ist ein Satz, an den wir glauben, also ein Glaubenssatz. «Freiheit gewinnt» fasst die liberale Überzeugung zusammen, aus der heraus wir unsere Entscheidungen fällen. Unser Motto gilt aber auch im Blick auf die epochalen Umwälzungen in Europa und im Blick auf die Veranstaltungen der 700jährigen Freiheitspolitik der Schweiz. Es ist nicht übertrieben: «Freiheit gewinnt» ist eine historische Tatsache, ein aktueller Leitsatz und Zukunftshoffnung für die Bevölkerung nicht nur in unserem Lande, auch der Welt.



Christian Kauter: «Der FDP-Slogan (Freiheit gewinnt) ist eine historische Tatsache, ein aktueller Leitsatz und Zukunftshoffnung für die Bevölkerung nicht nur in unserem Lande, auch in der Welt.»

Mit unserem Slogan geben wir kein Wahlversprechen ab noch eine Wahlgarantie für unsere Kandidatinnen und Kandidaten. «Freiheit gewinnt» umschreibt vielmehr eine em-

pirische Erkenntnis: Der Mensch hat in seiner Geschichte ideologische Fesseln und Normen später stets ab-

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

gestreift. Sein Wesen strebt nach Sicherheit in einem Umfeld, das ihm optimale Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Und die Freiheit hat schon immer optimale Chancen geboten.

Dabei ist nicht zu verkennen, dass sich der Inhalt des Freiheitsbegriffes laufend verändert und entwickelt. Was Freiheit ist, muss sich in der Praxis der jeweiligen Zeit stets bewähren. Dauerhaft durchgesetzt haben sich aber nie andere als Freiheitsideale, sowohl bei Völkern als auch bei Individuen. Für kein anderes Ziel haben die Menschen so hohe Opfer gebracht, kein anderes musste aber auch mit immer neuen Opfern erstritten werden.

Klar formulierte Überzeugungen

«Freiheit gewinnt» ist für die FDP kein Programm, sondern Aufruf. Denn Wahlen sind keine wissenschaftlichen Disputationen, sondern handfeste Auseinandersetzungen – eben Wahlkämpfe. Dabei entscheidet nicht die Wissenschaftlichkeit, sondern entscheidend sind oft die Stimmungen. Auf Grund dieser Erkenntnis wird die FDP auch darauf verzichten, den Wählerinnen und Wählern theoretische Analysen und Erwägungen vorzusetzen, statt dessen wird die FDP Problemlösungen zu aktuellen und zukunftsgerichteten Fragen präsentieren. Wir wollen also nicht nur Antworten, sondern auch Lösungen und Rezepte unterbreiten und diese sachlich zutreffend, aber auch emotional packend und sprachlich griffig mitteilen.

Gerade die jüngsten kantonalen Wahlergebnisse zeigen, dass klare und klar formulierte Überzeugungen Anhänger finden. Sie zeigen andererseits, dass Windfädchen nicht nur attraktiv flattern, sondern häufig fortgeblasen werden. Unsere Partei hat sich seit der Gründung des Bundesstaates stets über die unbestrittene Fähigkeit ausgewiesen, Probleme zu lösen. Diese gerade heute gefragte Fähigkeit wollen wir auch im Herbst demonstrieren, und wir werden alles daran setzen, dass auch 1991 die Freiheit gewinnt. □



Die Diskussion und Verabschiedung des Parteiprogramms 91–95 bildete einen Schwerpunkt des FDP-Parteitagess 1991 in Freiburg und forderte die ganze Konzentration von Parteipräsident Franz Steinegger, Sachbearbeiterin Marie-Louise Baumann und Programmkommissionspräsident Nationalrat Jean-Pierre Bonny (von links). (Photos ruti)

Harte Arbeit und Höhepunkte

Die Programmarbeit bildete das Schwergewicht am FDP-Parteitag. Höhepunkte setzten zwei Referate: dasjenige von Bundesrat Delamuraz zur Europafrage und dasjenige des Gastreferenten Vulfsons aus Riga zur aktuellen Lage in der Sowjetunion.

Anna-Marie Kappeler

Gleich zu Beginn des FDP-Parteitagess ein Höhepunkt: Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz setzte Akzente in der Europafrage. Aus seinem Referat wurde deutlich, dass der

Resolution

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) erinnert daran, dass die Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion seitens der demokratischen Staaten und dabei auch der Schweiz nicht anerkannt worden ist. Die baltischen Staaten waren bereits im Hitler-Stalin-Pakt von 1939 verraten worden. Sowohl die Uno-Charta als auch neuere internationale Vereinbarungen räumen den Völkern die Selbstbestimmung ein. Auch die Grossmächte haben dies anerkannt. In Befolgung dieses Rechts verlangen die baltischen Staaten ihre Unabhängigkeit zurück. Die FDP fordert den Bundesrat auf, diese Bestrebungen zu unterstützen. □

Bundesrat gewillt ist, sich in Richtung EG-Beitritt zu öffnen.

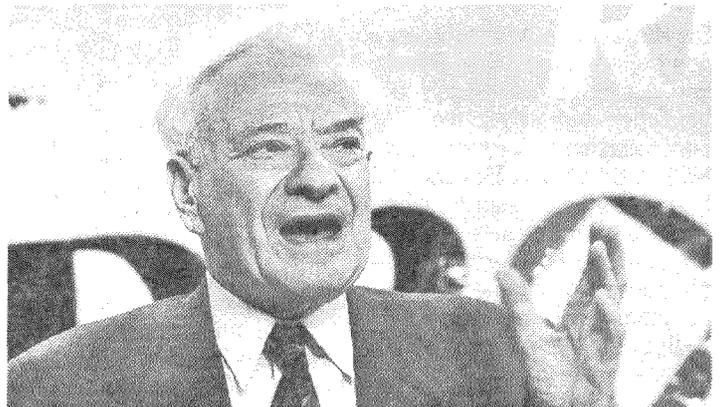
Inzwischen hat sich diese Haltung bestätigt. In Freiburg gab Delamuraz aber zugleich der Hoffnung Ausdruck, dass auch die Europäische Gemeinschaft (EG) noch innere Reformen durchmachen werde. Ziel bleibe jedenfalls eine optimale Eingliederung der Schweiz in Europa, der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) könne dafür eine Lösung sein. Der Bundesrat wolle sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen,

betonte Delamuraz, auch sei er nicht bereit, einen EWR um jeden Preis zu akzeptieren.

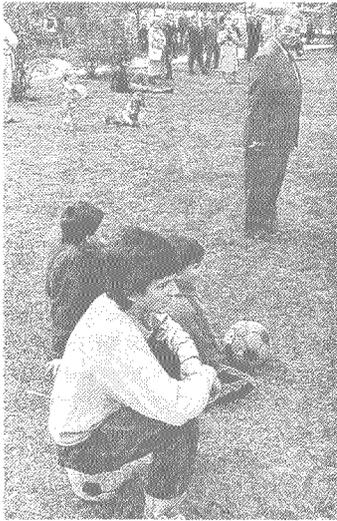
Parteiprogramm

Den Schwerpunkt des Parteitagess bildete die harte Arbeit an den «Zielsetzungen 91/95», dem Parteiprogramm der FDP. Noch vor den Sommerferien wird es gedruckt auf dem FDP-Generalsekretariat in Bern vorliegen.

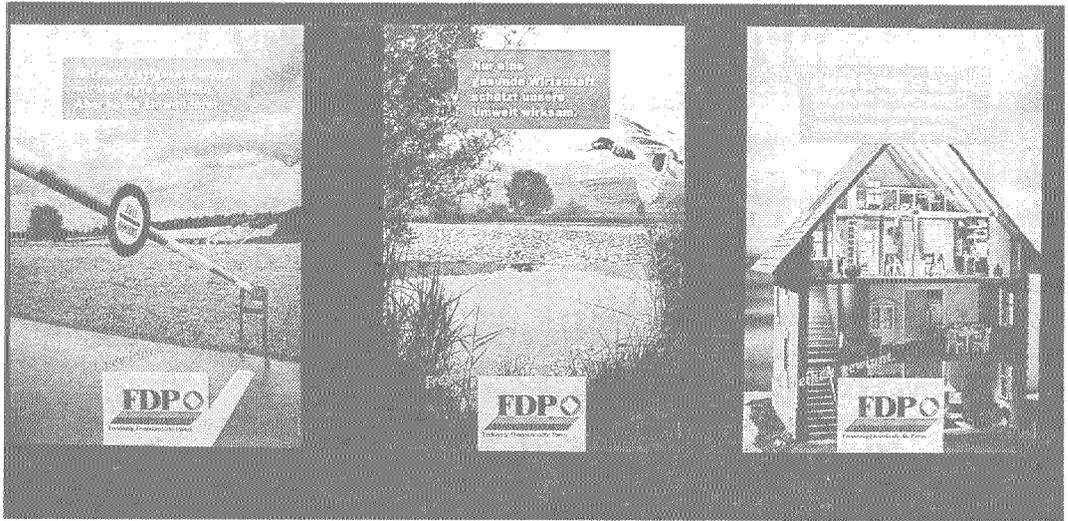
In 26 Kapiteln bekennen die Freisinnigen Farbe. Gegenüber dem alten Programm setzt das aktuelle einige neue Akzente. So wurden Kapitel zu den Themen Wohnungspolitik, Gentechnologie und Fortpflanzungsmedizin, Konsumentenschutz sowie Drogenpolitik neu aufgenommen. Viel zu reden gab die künftige Auslän-



Tief beeindruckt waren die FDP-Delegierten von den Ausführungen des Gastreferenten Mavriks Vulfsons aus Riga, Vorsitzender des aussenpolitischen Ausschusses im lettischen Parlament und Volksdeputierter in Moskau.



Bundesrat Delamuraz in Erwartung der Dinge, die da noch kommen sollen.



Asylpolitik, Umweltschutz und Wohnungsnot: Zu diesen Themen stellte die FDP an ihrem Parteitag neue Plakate vor. Zu diesen und anderen Themen kann sie aber auch politische Leistungen vorweisen und Antworten bieten.

der- und Flüchtlingspolitik. Grundsätzlich vertritt die FDP die Linie, dass die Schweiz mit ihrer Asylpolitik Flüchtlinge schützen will, aber keine Einwanderer. In der Aussenpolitik ist die FDP nach wie vor für die bewaffnete Neutralität, jedoch für mehr diplomatische Aktivitäten und auch für die «Anpassung der Waffen- und Rüstungsexporte an die neuen Verhältnisse».

In verschiedenen Kapiteln werden Frauenanliegen stärker betont als in früheren FDP-Papieren. Zum Beispiel wurde die Förderung von Blockstunden und Tagesschulen beschlossen, festgehalten wird an der Einführung einer Mutterschaftsversicherung.

Aus der Fülle der Positionen hebt sich die Reformbereitschaft der FDP in bezug auf Bundesrat und Parlament heraus. Auch die Totalrevision der Bundesverfassung will die FDP wieder an die Hand nehmen.

Bemerkenswertes Referat

Das Kapitel Aussenpolitik wurde eingeleitet durch ein bemerkenswertes Referat von Mavriks Vulfsons aus Riga, Vorsitzender des aussenpolitischen Ausschusses im lettischen Parlament und Volksdeputierter in Moskau. Selten waren die FDP-Delegierten so konzentriert wie bei diesem Referat.

Vulfsons schilderte und analysierte die politische und wirtschaftliche Situation in der Sowjetunion. Eindringlich forderte er die diplomatische Anerkennung der baltischen Staaten noch dieses Jahr. Vulfsons kritisierte in diesem Zusammenhang die Haltung der Schweiz. Spontan verabschiedeten die FDP-Delegierten darauf eine Resolution (siehe Kasten).

Zu den beiden Abstimmungsvorlagen siehe die Artikel auf den Seiten 8 und 9. □

Zur Europafrage

Unsere am Parteitag vom 29. 4. 1990 in Glarus erarbeitete Position für die Europafrage hat nach wie vor Gültigkeit. Es ist aber zuzugeben, dass nicht alles erreichbar ist, was wir uns vorgestellt hatten, dass das europäische Klima rauher ist, als wir zunächst gedacht haben.

Wir gehen davon aus, dass wir bereits stark in Europa integriert sind. Diese Integration ist zu vertiefen. Es gilt, diese Zusammenarbeit zu regeln und zu normieren. Wir müssen uns deshalb bewusst sein, dass sich die Entwicklung im Gegensatz zu den schweizerischen Vorstellungen nicht nach dem Prinzip des Freihandels entwickelt hat, sondern nach dem Grundsatz der Inländerbehandlung. Dies schafft eine höhere Regeldichte. Wir können dies bedauern, zu ändern ist es nicht. Diese Integration und Zusammenarbeit könnte grundsätzlich durch den Ausbau der bisherigen vertraglichen Abmachungen mit der EG, im Rahmen des EWR oder im Rahmen eines EG-Beitrittes geregelt werden.

EG und EFTA sind sich einig, dass zunächst eine EWR-Regelung anzustreben ist. Diese Option haben wir akzeptiert. Jede voreilige Bewegung auf einen andern Weg und jedes Störfeuer zugunsten einer andern Option gefährdet diese Verhandlungen.

Natürlich haben wir Vorstellungen über das Minimum, das zu erreichen ist, und wir haben dies auch gegenüber den zuständigen Personen zum Ausdruck gebracht. Derartige Empfehlungen an die wenigen, uns bestens bekannten Adressen übermitteln wir aber nicht mittels Fernsehen, Radio oder Zeitung.

Wir haben auch immer zum Ausdruck gebracht, dass wir den EWR nicht um jeden Preis brauchen und wollen. Unser Land soll sich weder unter Erfolgsdruck noch unter Zeitdruck setzen lassen. Unser Volk wird nur eine ausgewogene Regelung zwischen Verpflichtungen einerseits und Mitwirkungsmöglichkeiten andererseits akzeptieren. Persönlich bin ich der Meinung, dass das Zweisäulen-Verhandlungsmodell – hier EG, dort EFTA – für die EG wohl die Verhandlungen vereinfacht hat, für uns aber Nachteile gebracht hat. Nachdem im Rahmen der EWR-Verhandlungen über die Grundsätze des Zusammenwirkens Klarheit geschaffen wurde, könnte man sich für die abschliessende rechtliche Fixierung durchaus auch eine stärker bilaterale Lösung vorstellen, welche einen gewissen Handlungsspielraum ermöglichen würde. □

Auszug aus der Rede von Parteipräsident Franz Steingerger.



Aufmarsch der Freiburger Grenadiere. Zum Glück schossen sie nur in die Luft.

Die Barras-Reform als Zwischenschritt

Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, welches einen eigentlichen Zivildienst ohne Strafcharakter noch nicht kennt. Das Volk hat solche Vorschläge zweimal abgelehnt. Trotzdem ist es jetzt an der Zeit, hier eine definitive Lösung zu suchen.

**Bundesrat
Kaspar Villiger**

Bundesrat und Parlament wollen mit der vorgeschlagenen Revision des Militärstrafgesetzes das Dienstverweigererproblem entschärfen, indem Dienstverweigerer aus Gewissensgründen in Zukunft in Strafmass und Strafvollzug nicht mehr anderen Straffälligen gleichgestellt werden. Die allgemeine Wehrpflicht ist in der Bundesverfassung vorgeschrieben. Wer der Wehrpflicht nicht nachkommt, wird mit Gefängnis bestraft. Das geltende Recht sieht keine Ausnahmen vor.

Seit Jahrzehnten suchen wir in der Schweiz erfolglos nach einer mehrheitsfähigen Lösung der Dienstverweigererfrage. Zweimal, 1977 und 1984, haben Volk und Stände Verfassungsänderungen verworfen, welche mit der Münchensteiner Initiative und der Tatbeweis-Initiative verlangt worden waren. Bundesrat und Parlament sind trotzdem nicht untätig geblieben.

Der Bundesrat und eine klare Mehrheit der eidgenössischen Räte empfinden es als stossend, dass Personen, die aus religiösen oder ethischen Motiven den Dienst verweigern, ihren Gewissensentscheid mit Gefängnis büssen müssen.

Entkriminalisierung

Das neue Gesetz soll jenem das Gefängnis ersparen, der unter Berufung auf ethische



Mit der Revision des Militärstrafrechts gäbe man einer Gruppe von Dienstverweigerern die Möglichkeit, heute schon zu beweisen, dass eine echte Ersatzleistung der richtige Weg zur Lösung des Problems ist.
Photo Keystone

Grundwerte glaubhaft darlegt, dass er den bewaffneten Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann. Wenn der Richter die Gewissensgründe anerkennt, verpflichtet er den Dienstverweigerer zu einer Arbeitsleistung, die im öffentlichen Interesse liegt. Der Bundesrat wird die Ausgestaltung der Arbeitsleistung regeln. Er denkt vor allem an Einsätze für den Umweltschutz, in der Krankenpflege und in der Berghilfe. Das Biga soll diese Einsätze koordinieren und überwachen.

Die Arbeitsleistung richtet sich zeitlich nach der Dauer des verweigerten Militärdienstes. Der Militärdienst ist oft unangenehm, risikoreich und enthält viele Strapazen. Deshalb erscheint es gerechtfertigt, für den Dienstverweigerer einen längeren Einsatz vorzusehen. Nach dem Gesetz soll er in der Regel das Andert-halb-fache des verweigerten Wehrdienstes dauern, höchstens aber zwei Jahre.

Anerkannte Dienstverweigerer aus Gewissensgründen sollen inskünftig nicht mehr ins Zentralstrafregister eingetragen werden. Damit wird unterstrichen, dass es um eine Entkriminalisierung geht. Die Zukunft vieler junger Dienstverweigerer wird dadurch weniger vorbelastet.

Referendum von links

Gegen die Gesetzesrevision ist von zwei Seiten das Referendum ergriffen worden. Das

Komitee aus Militärverweigerer-, Friedens- und Menschenrechtsorganisationen sowie die dem Komitee nahestehenden Parteien und Gewerkschaften lehnen die Vorlage ab, weil die Situation der Militärdienstverweigerer verschlechtert werde, die Militärdienstverweigerer weiterhin durch Militärgerichte beurteilt und somit als Kriminelle behandelt würden, die Gewissensprüfung beibehalten werde, die Strafverlängerung für Gewissenstäter nicht gerechtfertigt sei und schliesslich die Neuregelung nicht in Richtung Zivildienst gehe und deshalb die laufenden Bestrebungen blockieren könnte.

Dieser letzte Punkt ist das Hauptargument der Gegner von links. Sie behaupten, sie seien gegen die Reform, weil sie einen echten Zivildienst möchten. Dieses Argument gilt es zu analysieren.

Ein sogenannter echter Zivildienst soll, nach Meinung der Reformgegner, im öffentlichen Interesse liegen und darf nicht der Gesamtverteidigung dienen. Wenn wir die vorgeschlagene Gesetzesrevision be-

trachten, stellen wir fest, dass das neue Modell diese Bedingungen durchaus erfüllt. Und es erfüllt auch eine weitere Bedingung, nämlich, dass ein echter Zivildienst auf Grund seiner längeren Dauer ein Element des Tatbeweises enthalten müsse. Wo liegen dann eigentlich noch die Unterschiede?

Wahrscheinlich sind es eben letztlich doch andere Gründe, welche die Gegner zur Ablehnung der Vorlage bewegen. Entlarvender ist nämlich das Argument, die vorliegende Reform sei gegenüber dem heutigen Zustand eine Verschlechterung.

Aus Sicht eines Dienstverweigerers ist sie das in der Tat. Wer nämlich seinen ganzen Militärdienst durch eine Halbgefangenschaft von vier bis sechs Monaten abgelten kann, während der er nur nachts eingesperrt ist und tagsüber seinem Beruf nachgehen kann, der zahlt einen sehr geringen Preis für seine Militärdienstverweigerung und leistet wesentlich weniger als einer, der Zivildienst leisten müsste.

Daraus schliesse ich, dass es jene, die jetzt gegen die vorliegende Reform sind, mit der Zivildienstleistung wohl nicht besonders ernst meinen. Wer wirklich will, dass Militärdienstverweigerer für das Gemeinwesen etwas leisten müssen, der muss jetzt Ja sagen zur Reform, wenn er glaubwürdig bleiben will.

Referendum von rechts

Ein anderer Kreis von Gegnern sind die Gegner von rechts.

Fortsetzung auf Seite 12

Worum geht es?

Das Militärstrafrecht soll revidiert werden, damit Dienstverweigerer aus Gewissensgründen inskünftig zu keinen Gefängnisstrafen mehr verurteilt werden. Sie müssen aber

eine Arbeitsleistung im öffentlichen Interesse erbringen, die in der Regel andert-halbmal so lange dauert wie der verweigerter Militärdienst. □

Noch vor einem Monat sind die Chancen der neuen Finanzordnung in der Volksabstimmung vom 2. Juni 1991 als ungünstig, häufig als aussichtslos bezeichnet worden. Angesichts der eindrucklichen Ja-Mehrheiten im National- und im Ständerat war das überraschend. Entscheidend für dieses Stimmungsbild waren die Parolen des Schweizerischen Gewerbeverbandes und des Vororts. In den letzten Wochen aber wurde der Vorort vor allem aus Wirtschaftskreisen immer häufiger ins Visier genommen.

Worum geht es?

Mit einer Verfassungsänderung sollen die Bundesfinanzen neu geordnet werden. Die bisherige Warenumsatzsteuer wird durch eine moderne Umsatzsteuer ersetzt, welche Mehrfachbesteuerung vermeidet und den Dienstleistungsbereich einbezieht. Die neue Finanzordnung verbessert die Rah-

menbedingungen der Wirtschaft und erleichtert die zukünftige Finanzierung der AHV-Renten.

Die Steuersätze blieben unverändert in der Verfassung verankert. Mit der Annahme der Vorlage verknüpft sind u. a. steuerliche Erleichterungen für den Finanzplatz. □

Neue Finanzordnung – brüchige Nein-Front

Ständerat Dr. Bruno Hunziker (AG)

Während sich engagierte Parlamentarier und Zeitungen aller Schattierungen kaum mit der Parole des Gewerbeverbandes auseinandersetzen, übten sie heftige Kritik an der Haltung des Vororts.

Interessant ist festzustellen, dass in den letzten Wochen vor allem aus der Wirtschaft selber immer häufiger der Vorort ins Visier genommen wurde.

Das soll nun ändern mit der neuen Finanzordnung. Folgt man der Nein-Parole des Gewerbeverbandes und des Vororts, dann ist diese Chance für lange Zeit vertan.

Es kann ja wohl niemand ernsthaft daran glauben, dass schon in wenigen Jahren eine Finanzvorlage durch die Volksabstimmung gebracht werden kann, die genau diese beiden Ziele erreicht und alles andere der jetzt vorliegenden

Finanzordnung ausklammert.

Zunehmende Zustimmung

Es zeigt sich immer mehr, dass nicht die Schweizer Wirtschaft schlechthin gegen die neue Finanzordnung votiert. Ganz offensichtlich ist der Vorort in dieser Sache nicht repräsentativ. Der Verband schweizerischer Maschinenindustrieller, die Banken, die Tourismus-

branche, die Nahrungsmittelindustrie und die Handelskammern der bedeutenden Wirtschaftskantone distanzieren sich und empfehlen ihren Mitgliedern Zustimmung. Das gilt auch für die bürgerlichen Parteien und den Bauernverband.

Die gegnerische Front bröckelt zunehmend ab, und die nüchterne, sachliche Beurteilung des Finanzpaketes führt zu einer wesentlich positiveren Wertung.

Dr. Fritz Leutwiler hat an der Generalversammlung der BBC vom 3. Mai 1991 erklärt: «Wer etwa hofft, durch die Ablehnung des Finanzpaketes innert kurzer Zeit eine neue, konsensfähige Lösung, vielleicht sogar ohne direkte Bundessteuern erzwingen zu können, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.» Auch in der Wirtschaftspresse und in der «Neuen Zürcher Zeitung» gerät die Haltung der Wirtschaftsverbände ins Schussfeuer harter Kritik.

Vorteile überwiegen

Bei vorurteilsfreiem Abwägen überwiegen die Vorteile klar. Die zentralen Postulate der Wirtschaft werden erfüllt, was die Ablehnung ausgerechnet im Vorort und im Gewerbeverband für viele unverständlich macht.

Der Vorort muss sich deshalb aus Wirtschaftskreisen Vorwürfe gefallen lassen, die in dieser Schärfe einmalig sind. Eine bessere und zudem realisierbare Alternative hat bisher niemand vorlegen können. Ganz einfach deshalb, weil es sie nicht gibt.

Stimmen wir deshalb am 2. Juni dem Finanzpaket zu. □



FDP-Ständerat Dr. Bruno Hunziker: «Eine bessere und zudem realisierbare Alternative zur neuen Bundesfinanzordnung hat bisher niemand vorlegen können. Ganz einfach deshalb, weil es sie nicht gibt.» Photo ruti

Prominente Wirtschaftsführer wie etwa Dr. Fritz Leutwiler, Verwaltungsratspräsident der BBC, äussern offen und scharf Kritik an der Stellungnahme des Dachverbandes. Es wird ihm insbesondere vorgeworfen, genau das zu torpedieren, was seit mehr als einem Jahrzehnt zu Recht verlangt worden ist: die Abschaffung der Taxe occulte und die starke Senkung der Stempelsteuer.

Chance

Beide Steuern, sowohl die Warenumsatzsteuer mit der eingebauten Taxe occulte sowie die hohe Stempelabgabe benachteiligen unsere Wirtschaft, insbesondere die exportorientierte, in erheblichem Ausmass. Alle anderen Länder kennen die Mehrwertsteuer und keine oder nur eine minime Stempelabgabe. Auch in diesem Bereich stellen wir einen Sonderfall dar und sind alles andere als europakonform.

Der Philosoph Hans Saner behauptet, der Exitus, auf den die Schweiz zutreibe, sei «nur das Ende am Ende einer langen Müdigkeit. – Siebenhundert Jahr, so sagt man. – Ich sage: Das reicht.»¹ Aus dieser und ähnlichen Formulierungen scheint sich das Schlagwort: «Siebenhundert Jahre sind genug» entwickelt zu haben. Dieses Wort verneint den Sinn der Existenz der Schweiz. Es ist Ausdruck der Verzweiflung. Es wird praktisch wirksam in der Verneinung, dass es zum siebenhundertjährigen Bestehen der Schweiz etwas zu feiern gebe.



FDP-Ständerat Andreas Iten: «Wir sind der Sinn. Die Menschen, die diesen Staat geschaffen haben, bestärkten mit jedem Bündnisakt den Sinn der Eidgenossenschaft.» (Photo Stahl)

«Der Sinn der Schweiz ist unerschöpflich»

Ständerat
Andreas Iten (ZG)

Obwohl zwischen dem oberflächlichen Daherreden, dass es 1991 nichts zu feiern gebe, und der Feststellung: 700 Jahre sind genug, kein zwingender Zusammenhang besteht, so scheint am Anfang und gleichsam als Apriori des Neins doch diese sinnverneinende Behauptung zu stehen. Was immer ihr Bedeutungsgehalt sei, sie führt zur Sinnfrage. Sie heisst: Hat es einen Sinn, Schweizer zu sein?

Die Antwort darauf müsste der Philosoph geben. Sie hängt eng mit der Frage zusammen: Hat das Leben einen Sinn? Die Problematik so pointiert auf diese Frage gebracht, fordert weniger den Philosophen als die Urteilskraft jedes einzelnen heraus.

Wir sind der Sinn

Jeder weiss und fühlt, dass er die Frage nicht mit einem Nein beantworten kann. Die Alltagserfahrungen würden einer Behauptung widersprechen. Wir tun ja alles, um das Leben zu erhalten und es zu verlängern. Die Kosten des Gesundheitswesens steigen von Jahr zu Jahr. Wir reden von einem sinnlosen Tod, wenn ein Mensch zu früh stirbt oder verunfallt. Menschen, die im Krieg umkommen, betrachten wir als sinnlose Opfer von Zerstörung und Gewalt. Das und viele andere Erfahrungen können nur darauf hinweisen, dass der Sinn der Existenz nicht zu begründen ist. Er ist vorgegeben. Wir sind der Sinn.

Der Sinn geht der Interpretation und der Bedeutungsverleihung des Lebens schon immer voraus. «Im Sinn ist aller Dinge Heimat», heisst es im Tao. Wer den hintergründigen Sinn der menschlichen Existenz leugnet, ist Nihilist. Wäre der Sinn nicht vorgegeben, könnte das Leben nicht sinnvoll gestaltet werden. Wo nichts ist, gedeiht nichts, gelingt nichts. Soll das Leben gelingen können, muss es sich auf einen in sich gegebenen Sinn abstützen können.

Sinn der Eidgenossenschaft

Hat aber das individuelle Leben schon immer einen Sinn, unabhängig davon, ob es dem Einzelnen gelingt, es sinnvoll zu gestalten, so muss auch das Leben als Gemeinschaft sinnföähig sein.

Jean Luc Nancy schreibt: «... das Abendland ist kein ärgerlicher Zufall – wenn wir auch ausserstande sind, seine (Notwendigkeit) zu verstehen...»² Dies gilt auch für die Schweiz, dessen Notwendigkeit unter den Staaten Europas nicht verstanden werden muss, dessen demokratische Legitimation aber begründet ist.

Der Bundesbrief von 1291, nachweislich nicht der erste, wurde durch spätere Verträge unter den Eidgenossen bestätigt. Die Vereinbarungen und Verkommnisse sind im Bundesbriefarchiv zu Schwyz aufbewahrt. Nach der Schlacht am Morgarten rückten die Eidgenossen näher zusammen,

bestätigten den Willen zur gegenseitigen Hilfe im Sem-pacherbrief und im Pfaffenbrief, im Stanser Verkommnis und in vielen weiteren Übereinkommen. Die Bundesverfassung ist der Abschluss eines gewachsenen Bündnis-systems und der Ausgangspunkt einer neuen demokratischen Ordnung.

Wir sind der Sinn. Die Menschen, die diesen Staat geschaffen haben, bestärkten mit jedem Bündnisakt den Sinn der Eidgenossenschaft.

So ist er auch uns Spätgeborenen, uns Profiteuren einer bewegten, klugen, auf Eigenständigkeit und politische Selbstbestimmung ausgerichteten Bündnispolitik der Vorfahren, vorgegeben. Die Frage nach dem Sinn der Schweiz stellt sich also nicht. Wer sie verneint, wer sagt, 700 Jahre sind genug, ist ein Nihilist. Er ist gar nicht ernst zu nehmen.

Sinn und Krise

Der Sinn geht auch nicht verloren, wenn wir uns in einer Krise befinden. Jean Luc Nancy sagt: «In der Krise wird die Bedeutung fortgeschwemmt», nicht aber der Sinn. Die Geschichte lässt sich als fortwährender Bedeutungswandel verstehen.

Die Krise, in der viele behaupten, die Schweiz befinde sich darin, ist eine Krise der Bedeutung oder Bedeutsamkeit.

Wir leben unter dem Eindruck des «kulturellen Bedeutsamkeitsverlusts wissenschaftlicher Weltbilder».³ Wir leben in ähnlicher Weise unter dem Bedeutsamkeitsverlust des Bildes der Schweiz.

Dieser Verlust an Bedeutsamkeit tangiert den Sinn, die Notwendigkeit der Existenz der Schweiz und das Faktum des 700jährigen Bestehens nicht. Wenn sich Deutungen und Bedeutungen wandeln, dann entsteht Unruhe. Man fühlt sich nicht mehr eingebettet in Sitten, Traditionen und Bräuchen. Man redet von einer Identitätskrise. Jeder einzelne ist dann aufgefordert, darüber nachzudenken, welche Bedeutung ihm aus dem vorgegebenen Sinn des Schweizerseins zuströmen könne.

Der Sinn der Schweiz

Der Sinn der Schweiz ist unerschöpflich. Was uns aus der 700jährigen Geschichte zuwachsen kann an Sinn, ist nicht verbrauchbar. Die Quelle versiegt nicht. Es hängt von jedem einzelnen ab, ob und wie er dem Sinn Bedeutung gibt. Politik besteht u. a. darin, in beständigem Bemühen auf die Bedeutungsänderungen zu reagieren, den Menschen im Staat Chancen zu verschaffen. Das bedeutet Veränderung, Anpassung, Umgestaltung, Verbesserung, Ausgleich, Herstellen von Gleichgewichtslagen, Bewusstmachen der Schutzinteressen usw. Die Politik muss der Bedeutungsverschiebung vom Sinn der Schweiz Rechnung tragen. Das ist aber nichts Aufsehen-

erregendes. Das war immer so.

Die Geschichte ist der fortwährende Versuch, sich in neuen Bedeutungen einzuordnen. Ihr Ereignis besteht darin, dass sie das Vorher hinter sich lässt. Die Geschichte ist der voranschreitende Prozess des Bedeutungsverlusts von früheren Vorstellungen und Bedeutungen, der Einbusse von Interpretationsmustern und Wahrnehmungen.

So haben wir Mythen wie diejenigen von Tell und Winkelried in ihrer einstmaligen Bedeutung hinter uns. Wir deuten sie um. Wir haben Pestalozzi, den Kulturkampf, die Heldenverehrung, die monumentalistische Geschichtsdarstellung verloren. Wir sind im Begriff, die Bedeutung der Urschweiz für das Entstehen der gesamten Schweiz zu relativieren, indem andere regionale Geschichten (siehe das dreibändige Werk: «Die Geschichte der Schweiz und der Schweizer», aber auch die 700-Jahr-Feier) in ihrer Bedeutung für das Entstehen der Schweiz ins Bewusstsein gehoben werden.

Die Bedeutung der Schweiz als Nation wird durch die EG-Diskussion eine Umwertung und Vertiefung erfahren. Das tangiert aber den Sinn der Schweiz nicht. Er kann nicht in Frage gezogen werden. Er ist vor jeder Bedeutungsverschiebung gegeben.

Wandel der Bedeutungen

Die Krise, in der wir behaupten zu sein, besteht im Wandel der Bedeutungen. Wenn sie sich ändern, wird jeweils die Frage nach dem Sinn im Hintergrund aktuell. Die Frage führt an die Grenze. Die Unruhe, die sich vieler Schweizer bemächtigt hat, beruht eben darin, dass sie die Frage nach dem Sinn auf die Grenze treibt. Sie macht aber auch sichtbar, dass man «sich nicht auf der Grenze einrichten (kann), man kann sich dort nicht aufhalten, wie man sich in einem Bedeutungsfeld oder Bedeutungssystem aufhalten kann».⁴ So kann die aktuelle Diskussion über die Schweiz nur fruchtbar werden, wenn man die Sinn-

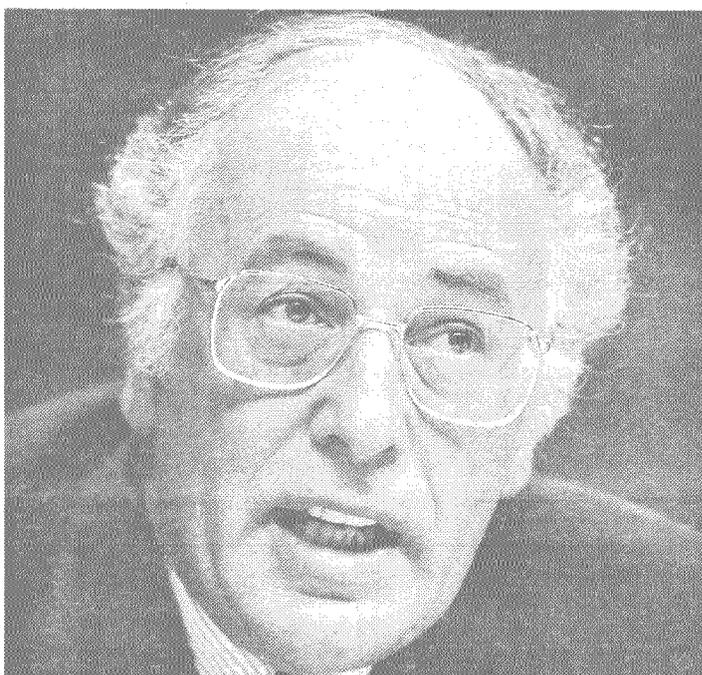
frage bejaht und auf das nihilistische Schlagwort «700 Jahre sind genug» verzichtet.

Bedeutungsfelder klären

Die Frage nach der Bedeutung der Schweiz im Rahmen der modernen Welt und der Industriegesellschaft ist damit noch nicht beantwortet. Jeder kann sich selbst in den Bedeutungsfeldern einrichten, sei es, dass er die Antwort hat, sei es, dass er daran ist, sie zu finden. Er kann sagen: «Ich liebe die Schweiz, nicht weil sie das

Lebenssinn in der Industriegesellschaft» erscheinen liess, so heisst das wohl, dass die Frage der Sinngebung im Raum steht.

Die beiden Titel aber verweisen darauf, dass die Sinngebung nicht als Aufgabe des Staates zu betrachten ist und von Politikern vollbracht werden muss. Der Staat und seine Organe müssen sich vielmehr darauf verlassen können, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst den Sinn des Lebens und des Staates finden und bejahen.



FDP-Ständerat Andreas Iten: «Alles Nachdenken, Fragen, Forschen, alle Unruhe und alle Empörung wären überflüssig und nutzlos, wenn der Sinn der Schweiz verleugnet würde.»

(Photo ruti)

beste Land überhaupt ist, Gott bewahre, sondern weil sie für mich am meisten bedeutet.» Er kann sagen: «Mir ist die Schweiz egal, weil mir andere Länder und Kulturen mehr bedeuten.» Oder: «Ich leide an der Schweiz, weil ich feststelle, dass die Mehrheit in einem für mich unerträglichen Bedeutungssystem befangen und gefangen ist.» Mir scheint, dass die 700-Jahr-Feier eine Chance ist, die Bedeutungsfelder zu klären.

Wenn sich die Frage nach dem Sinn der Schweiz nicht stellt, so bedeutet dies nicht, dass diejenige nach dem Lebenssinns nicht gestellt ist. Wenn die «Pro Senectute» über das diesjährige Fortbildungsprogramm das Motto «vom Sinn des Lebens» setzt und Hermann Lübke soeben ein Werk mit dem Titel «Der

Die Verfassung rechnet mit Menschen, die mit dem Sinn vernünftig umgehen können. Diese Könnerschaft vermittelt nicht die Politik und nicht die Verfassung. Vielmehr stützen sich beide darauf.

Es sind andere Funktionsträger der Gesellschaft (Familie, Schule, Kirche, Wissenschaft, Medien usw.), die hier einen Auftrag wahrnehmen müssen. Ihnen ist anheimgegeben, die Menschen zum vernünftigen Umgang mit dem unverfügbaren Sinn zu führen. Der Sinn der Schweiz steht nicht zur Disposition. Es gehört zur Selbstaskese der Bewohner eines Landes, dass sie zu ihm in ein vernünftiges Verhältnis kommen. Nur so lässt sich auch vernünftig Politik machen.

Wenn aber als Nebenfolge der Sinnkrise, die sich hinter pauschalisierenden Schlagworten wie: es gebe nichts zu feiern, versteckt, die Politik trotz Fehlern generell in Verdacht genommen wird, «so muss man sich nicht wundern, dass kräftige Naturen ihre Selbstentfaltung lieber in den Sphären Sport und Unterhaltung, vielleicht noch Wissenschaft und Wirtschaft suchen – aber nicht mehr in der Politik. Es ist daher kein Wunder, dass jene perikleische Stimmung der «Lust am Amt» in der modernen Welt nicht mehr aufkommen will.»⁵

Fazit

Wenn wir hier den Sinn der Schweiz als fraglos gegeben annehmen und die Floskel «700 Jahre sind genug» als sinnlos, ja sinnwidrig bezeichnen, so ist damit keineswegs gesagt, dass wir uns Gedanken über die Schweiz, über die Reform der Institutionen des Staates und der Politik, aber auch über die Konsensfähigkeit, die Toleranz und die politischen Prioritäten usw. verschliessen wollen. Hier wird nur ausgedrückt, dass alles Nachdenken, Fragen, Forschen, dass alle Unruhe und alle Empörung überflüssig und nutzlos wären, wenn der Sinn der Schweiz verleugnet würde.

Die aktuelle Schweiz, setzt man sie in Vergleich zu zahlreichen Staaten dieser Welt, verdient nicht, dass sie verleugnet wird. Also ist das Gerede, es gebe nichts zu feiern, unlogisch und verwerflich.

Es zeugt von einer seltsamen Treulosigkeit, wenn Bürgerinnen und Bürger einem Land wegen gewisser Fehler den Rücken kehren und es mit arglistigen Parolen bekämpfen, einem Land, das seit Jahrzehnten Sicherheit und Freiheit garantiert und bestrebt ist, einen gerechten Ausgleich unter seinen Bewohnern zu schaffen. □

Literaturnachweis

- ¹ Hans Saner: Die Anarchie der Stille. Lenos 1990, S. 102.
- ² Jean Luc Nancy: Das Vergessen der Philosophie. Edition Passagen 1987, S. 75.
- ³ Hermann Lübke: Der Lebenssinn in der Industriegesellschaft. Springer-Verlag 1990, S. 127.
- ⁴ Jean Luc Nancy: A. a. O., S. 110f.
- ⁵ Hans Meier: Verteidigung der Politik. Manesse-Bücherei 40, 1990, S. 78.

Fortsetzung von Seite 8

Das Komitee aus der Westschweiz begründet seine Opposition damit, dass mit der Gesetzesänderung bereits ein Zivildienst geschaffen werde, der Wehrpflichtartikel der Verfassung unterlaufen und der Wille von Volk und Ständen missachtet werde.

Die Wehrpflicht wird durch die Vorlage nicht unterlaufen. Nach wie vor wird ein Schuld-spruch gefällt, nur die Sanktion wird verändert. Damit wird dem Erfordernis der Verfassung Rechnung getragen, wonach bestraft wird, wer gegen das Gebot der allgemeinen Wehrpflicht verstösst.

Hingegen wird mit der heutigen Praxis der verfassungsmässige Zustand unterlaufen. Der heutige Zustand hat mit Wehrgerechtigkeit nichts zu tun. Die Halbgefangenschaft ist eine derart milde Sanktion, dass sie nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis steht zum verweigeren Militärdienst. Deshalb ist die neue Lösung gerechter.

Wenn man all diese Gesichtspunkte würdigt, stellt man fest, dass die Vorlage besser ist als ihr Ruf. Sie würde für einen grossen Teil der Verweigerer, und zwar für jene mit den achtbarsten Gründen, sofort eine gute Lösung bringen.

Es wäre sicher falsch, den Zwischenschritt im Hinblick auf eine spätere, definitive Lösung abzulehnen. Bis zur definitiven Regelung des Zivildienstes wird es nämlich auch dann, wenn man sich sehr beeilt, noch einige Jahre dauern. In dieser Zeit bleibt das Problem für jene Verweigerer, die achtbare Motive haben, ungelöst.

Deshalb sollte man das Problem jetzt schon entschärfen. Man gäbe damit einer grossen Gruppe von Dienstverweigerern die Möglichkeit, heute schon zu beweisen, dass eine echte Ersatzleistung der richtige Weg zur Lösung des Problems ist. □

Stark gekürzte Fassung des Referats, das Bundesrat Villiger am FDP-Parteitag in Freiburg hielt.

Voranzeige

Gegen die Wohnungsnot: Vorschriften abbauen – Wohnungen aufbauen

a. o. Delegiertenversammlung am 24. August 1991 in Solothurn, Restaurant Landhaus

Provisorisches Programm

- Eröffnung durch den Parteipräsidenten Nationalrat Franz Steinegger
- Referate zu den Bereichen Wohnungswesen/Raumplanung
- Leistungsausweis der FDP, dargelegt durch Nationalrat Dr. Urs Scheidegger, Solothurn
- Arbeit in Arbeitsgruppen
 1. Arbeitsgruppe: Altbausanierung und billiger wohnen
 2. Arbeitsgruppe: Wohnbau- und Eigentumsförderung, WEG
 3. Arbeitsgruppe: Missbräuche und Missstände im Verfahren, Deregulierung gewisser Vorschriften
 4. Arbeitsgruppe: Hypothekenzinsen, Refinanzierung, Sparen, Banken, Steuern
- Freisinniges Aktionsprogramm: Diskussion im Plenum und Verabschiedung
- Gründung der liberalen Baugenossenschaft Solothurn □

Ordnung in den Steuerdschungel.

Die Schweiz hat ein schlechtes und überholtes Steuersystem: Warenumsatzsteuer (WUST), Schattensteuer (taxe occulte) und Stempelsteuer sind viel zu kompliziert und bürokratisch. Sie schaffen grobe Ungerechtigkeiten und schaden uns allen.

Die neue Finanzordnung räumt in diesem Steuerdschungel auf. Sie macht Platz für eine bessere Lösung und kostet uns nichts.

Deshalb am 2. Juni 1991:

JA

 zur Neuordnung
der Bundesfinanzen

Aktionskomitee für eine gerechte Neuordnung der Bundesfinanzen,
Postfach 5835, 3001 Bern

CVP, FDP, SVP, LdU

FDP-Fonds Osteuropa

Sie erinnern sich vielleicht: Vor einem Jahr organisierte die FDP der Schweiz zwei Reisen nach Polen. Auf diesen Reisen lernten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer polnische Liberale kennen und erfuhren, welchen Schwierigkeiten sie sich gegenübersehen. Für ihre politische Arbeit benötigen die Polen nach wie vor insbesondere Bürogeräte und Büromaterial.

Auf Initiative der Reisetilnehmer wurde beschlossen, einen Fonds zu öffnen. Die Idee wurde der FDP-Geschäftsleitung vorgelegt und von dieser gutgeheissen. Um den Fonds für die Zukunft nicht einzuengen, wurde ihm der Name «Fonds Osteuropa» gegeben, die Aktivitäten werden sich aber vorerst auf Polen

konzentrieren. Die erste Ausschreibung zur Öffnung des Fonds erfolgte im Kreis der Reisetilnehmer. *Bereits sind so Fr. 10 000.– zusammengekommen!* Mit diesem Geld soll nun auf die Wahlen im Herbst hin dem polnischen Liberalen Kongress gezielt geholfen werden. Über alle Aktivitäten informieren wir fortlaufend im «Freisinn».

Als erster Schritt soll nun aber das Postcheckkonto allen Freisinnigen, die liberale Kräfte in Osteuropa unterstützen wollen, mitgeteilt werden. Es lautet: Fonds Osteuropa PC 30-9788-1. Wir freuen uns selbstverständlich auf jede Einzahlung.

Anna-Marie Kappeler
FDP-Generalsekretariats
Telefon (031) 22 34 38

LFSA

Gleichstellung von Mann und Frau

Der Zentralvorstand des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) befasste sich mit der Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Der LFSA unterstützt die Verwirklichung des in Art. 4 der Bundesverfassung seit zehn Jahren verankerten Gleichheitsartikels. Es ist jedoch verfehlt, wenn die Gleichstellung von Mann und Frau als Alibi dient, im Arbeitsgesetz Schutzbestimmungen abzubauen. Schutzbestimmungen sind ungeachtet des Geschlechts auf alle Arbeitnehmer auszudehnen. Der LFSA fordert den Bundesrat auf, dem Druck aus Wirtschaftskreisen, die eine Kündigung des Übereinkommens 89 der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) als notwendig erachten, nicht nachzugeben. Dieses Abkommen verbietet die Nachtarbeit für Frauen in der Industrie. Der LFSA befürchtet, dass Schutzbestimmungen durch diese Hintertür abgeschafft werden.

Es wurde daran erinnert, dass Gleichberechtigung nicht bloss eine Frage der Frauen, sondern ebenso eine solche der Männer ist. Auch sind der Friedenspflicht in den Gesamtarbeitsverträgen Arbeitnehmer

beider Geschlechter unterstellt, und somit gilt die Einwirkungspflicht der Verbände für Frau und Mann. □

Höherer Mitgliederbestand

Der Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) konnte im vergangenen Jahr seinen Mitgliederbestand erneut erhöhen: der LFSA zählt neu 22 452 Mitglieder. Der LFSA ist in der gesamten Schweiz vertreten. Die grössten Zunahmen erfolgten in den Kantonen Tessin, Aargau und Solothurn.

Ein markanter Zuwachs konnte bei den Vollmitgliedern erzielt werden; erfreulicherweise nahm auch der Bestand an Jugendlichen und Frauen zu.

Als anerkannter Spitzenverband der Arbeitnehmer sind dem LFSA als Dachorganisation zahlreiche Berufsverbände angeschlossen, so beispielsweise der Forstpersonal-Verband, der Berufsverband der Floristinnen und Floristen oder der Personalverband der schweizerischen Photobranche.

Der LFSA bietet seinen Mitgliedern zahlreiche Dienstleistungen an, so einen gut ausgebauten Rechtsdienst und eine Kollektiv-Krankenversicherung mit prämiengünstigen Leistungen. □

FDP-Positionen

Für den praxisnahen Lösungsvorschlag

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ist für eine rasche Realisierung der vollen Freizügigkeit auch im ausserobligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge. In ihrer Vernehmlassung kritisiert sie daher, dass der Bundesrat dafür nicht den praxisnahen Lösungsvorschlag einer Änderung der Art. 331 a bis c OR eingeschlagen hat, sondern ein separates Gesetz mit einer viel zu grossen Regelungsdichte schaffen will.

Ablehnung findet bei der FDP auch, dass der Gesetzesentwurf in die heutigen Vorsorge- und Finanzierungsstrukturen der Vorsorgeeinrichtungen eingreifen will und damit grundsätzliche Fragen aufwirft, die überhaupt nicht ausgeleuchtet sind.

Die FDP bedauert es in ihrer Vernehmlassung, dass das eigentliche Hauptthema der Gesetzesrevision, die Einführung der vollen Freizügigkeit, durch diese Strukturprobleme erschwert und verzögert wird. Deshalb beantragt die FDP die erwünschte rasche Realisierung der vollen Freizügigkeit im Rahmen der bestehenden Strukturen mit einer Revision der obligationenrechtlichen Bestimmungen. □

Ja zum Kulturförderungsartikel

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ist für einen erneuten Anlauf zu einem Kulturförderungsartikel in der Bundesverfassung. Die FDP wünscht eine rechtsstaatlich einwandfreie Gesetzesgrundlage für staatliches Handeln.

In ihrer Vernehmlassungsantwort begründet die Partei ihre Zustimmung damit, dass die Schweiz angesichts der europäischen Integration ihre gemeinsamen kulturellen Anstrengungen über die Sprachgrenze hinaus stärken muss. Die Brückenfunktion unseres viersprachigen Landes werde zu einer wichtigen Zukunftsaufgabe, heisst es in der FDP-Stellungnahme weiter. Generell wachse die Bedeutung der Kultur als Botschafterin eines Landes. In der Freizeitgesellschaft werde zudem die Bedeutung des kulturellen Schaffens zunehmen.

deutung des kulturellen Schaffens zunehmen.

Kultur muss nach Ansicht der FDP direkt, gezielt und unmittelbar gefördert werden. Bürokratie, Doppelspurigkeit und Giesskannenprinzip müssen vermieden werden. In erster Linie sollen infrastrukturelle Einrichtungen und Rahmenbedingungen, welche für die Entfaltung des kulturellen Schaffens notwendig sind, unterstützt werden. Die FDP befürwortet die subsidiäre Kompetenz des Bundes vollumfänglich. In erster Linie soll Kultur durch Private, durch Gemeinden und Kantone gefördert werden. Die FDP ist der Ansicht, dass private Kulturförderung durch weitere steuerliche Vorteile zu begünstigen ist. □

Wertvolle Grundlage

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) erachtet den Bericht der Expertenkommission zur grundlegenden Revision des KVG als wertvolle Grundlage für die künftige Ausgestaltung der Krankenversicherung. Für die FDP ist die Frage entscheidend, welche Massnahmen im Gesundheitswesen gleichzeitig kontrollierter Kostenentwicklung gewährleisten können. Die auf Jahresende erfolgten Prämienhöhungen in der Krankenversicherung unterstreichen die Dringlichkeit dieses Postulates.

Der Revisionsentwurf der Kommission Schoch zieht in eine gute Richtung. Allerdings werden der vorgesehene Leistungsausbau und die relativ beschränkte Kostenkontrolle zu einem weiteren Anstieg der Gesundheitskosten führen. □

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure



Wir planen, bauen, realisieren
und pflegen auch Ihren Garten
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Drogen und Liberalität

Als Mitglied einer von der kantonalen FDP zur Drogenfrage im vergangenen Herbst eingesetzten Arbeitsgruppe hatte ich Gelegenheit, mich mit einem der grössten Probleme unserer Gesellschaft intensiver zu beschäftigen. Erstes Resultat dieser FDP-Drogengruppe ist eine Interpellation an den Regierungsrat, die im April von zwei FDP-Kantonsräten eingereicht worden ist.

Beim Überdenken der momentanen Situation fielen mir zwei Dinge besonders auf: Einerseits ist heute in weiten Kreisen akzeptiert, dass es sich bei den Abhängigen von harten Drogen um Kranke handelt, andererseits behandelt das Gesetz diese Kranken aber als Kriminelle. Wenn einem dieser Widerspruch einmal ins Auge sticht, ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zur Feststellung, dass die heute gültige gesetzliche Regelung diese Kranken erst zu Kriminellen macht.

Es war schon immer so, dass bisher unbekannt neue Genussmittel (ja selbst neue Nahrungsmittel) bei ihrer Einführung auf den Widerstand des Gesetzes stiessen. Die Anwenderinnen und Anwender wurden verfolgt und bestraft. Doch wer denkt heute noch

daran, dass Kaffee, Tee, Tabak und selbst die Kartoffel zuzeiten geächtet waren?

Jede Gesellschaft hat eben die Drogen, die sie verdient, beziehungsweise legalisiert die Süchte, mit denen sie meint, umgehen zu können. Und wenn wir von Süchten reden, dürfen wir auch diejenigen nicht vergessen, die niemals unter Strafe standen, wie Arbeitssucht, Magersucht, Fettsucht und andere.

Ein sehr gravierender Unterschied zwischen der früheren gesetzlichen Ächtung von Genussmitteln und dem heutigen Verbot sogenannter harter Drogen besteht allerdings schon. Früher konnte man ohne den verbotenen Kaffee genausogut leben; für einen Drogenkranken ist es aber heute in den meisten Fällen gar nicht mehr möglich, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Ausgegrenzt aus der Gesellschaft und verfolgt von der Polizei, ist er gezwungen, sein ganzes Streben auf die Geldbeschaffung für seinen täglichen Drogenbedarf auszurichten.

Familienleben, Arbeitseinkommen und das Dach über dem Kopf sind meist die ersten zwangsläufigen Opfer. Dann

kommen Beschaffungskriminalität, Drogenprostitution, Aids-Risiken, der Zwang zum Dealen und so das Stürzen weiterer Menschen in die Abhängigkeit.

Wenn wir all das wissen, warum tun wir dann nicht den logischen Schritt? Warum konzentrieren wir uns darauf, die Folgen der harten Drogen so gut es geht zu administrieren, anstatt zu versuchen, die Krankheit selbst zu bekämpfen oder zumindest auf ein dem Tabak- und Alkoholkonsum entsprechendes Niveau zu reduzieren, um so den Abhängigen trotzdem ein geregeltes und würdiges Leben zu ermöglichen? Wann sind wir so weit, die erkannte Lösung in die Tat umzusetzen und die ärztlich kontrollierte Abgabe an schwer Drogenkranke zu gestatten? Jeder Tag, den wir damit zuwarten, verursacht zusätzliche Leiden und kostet Leben! Nur nebenbei: er bindet auch Kapazitäten bei Polizei, Gerichten und im Gesundheitswesen, die besser genützt werden könnten.

Wir sollten den Mut für eine Liberalisierung aufbringen – je schneller, desto besser. Und ich erhoffe mir von der FDP, dass sie diesen liberalen Schritt nach Kräften unterstützt und beschleunigt.

Peter Büel
Präsident FDP Cham

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

Nicht einverstanden

Heute habe ich Ihr Parteiblatt Nr. 4 vom April 1991 erhalten. Darin ist mein Leserbrief vom 14. April 1991 veröffentlicht. Ich war jedoch sehr erstaunt, ihn unter dem Titel «FDP Schweiz zwischen Utopie, Ideologie und Wirklichkeit» zu finden. Diesen Titel habe ich nicht gewollt, weil die Kritik sich vor allem an Frauenkreise richtet, die in ihrer «Politeuphorie» oft im Wirrwarr der Ideologien ins Schleudern kommen und damit vor allem aus unseren weltanschaulichen Vorstellungen ausschreiben.

Grundsätzlich sind wir ja alle in irgendeiner Form verunsichert. Aber die Frauen scheinen mir besonders gefährdet, vielleicht auch wegen ihrer nicht nur vermeintlichen, sondern auch wirklich häufig vorhandenen mehr emotionalen Manipulierbarkeit.

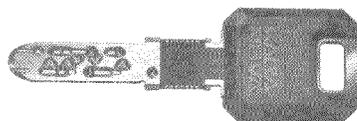
Elisabeth Streich-Schlossmacher, Luzern

Wie Irrtümer entstehen können

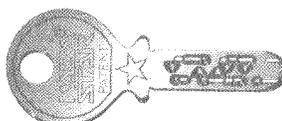
Den Titel «FDP Schweiz...» haben auch wir nicht gewollt. Er ist entstanden, weil wir den Leserbrief von Frau Streich-Schlossmacher via Fax in die Druckerei übermittelten. Auf unserem Fax-Kopf aber steht FDP Schweiz. Dieser Kopf nun vereinigte sich so geschickt mit dem tatsächlichen Titel, dass daraus flugs ein neuer Titel entstand.

So können Fehler entstehen und eine Geschichte, die hoffentlich auch der Leserbriefschreiberin ein Schmunzeln entlockt. Die Redaktion

Verlieren heisst nicht verloren.



KABA NOVA: Bei Schlüsselverlust kann der Code selber umprogrammiert werden.



KABA STAR-Vario: Bei Schlüsselverlust kann der Code des mechanischen Schliesszylinders umgestellt werden.

Ihr Partner für erfolgreiche Schlüsselerlebnisse:

Bauer Kaba AG, 8620 Wetzikon, Telefon 01/9316111, Fax 01/9316385

KABA®

Beherzte Köpfe sind gefragt

«Ach die gute Staatskasse, das ist ein liebenswürdig, geduldig Ding; wem sie hold ist, ach der ist eine glückliche Seele, dem ist für einen warmen Rock gesorgt . . . Da ist kein Wunder, dass ihr die Liebhaber nie ausgehen, sie mag so alt werden, als sie will, wenn sie nur nicht leer wird.» (Gotthelf, Zeitgeist und Bernergeist, 1851)

 Raphael Weibel

Damit unserer geliebten Staatskasse auch in Zukunft ihre so zahlreichen Verehrer erhalten bleiben, sind wir aufgerufen, zur Bundesfinanzreform doch endlich Ja zu sagen. Vereint als gemischtes «Chörli», preisen uns Bundesrat, Parlament und alle grösseren und kleineren Parteien diese neue Ordnung. Einmütig und inbrünstig tönt die sanfte Schalmel; mehrstimmig ist sie wohl, doch falsche Töne und Dissonanzen ernten zorngefüllte Blicke. Im Jahr der Jubelfeiern und grossen Wahlen ist derartiges gar nicht gefragt – da wollen Herr und Frau Schweizer bei Laune gehalten werden! Und so blicken denn die Sängerinnen und Sänger – glücklich und zufrieden mit sich selbst – ergeben auf zu ihrem gestrengen Herrn Chorleiter.

Wir Bürger sind gerührt. So viel Eintracht ist Balsam auf unsere Wunden im Glauben an das Staatswesen. Die Zeiten der Selbsterfleischung scheinen endlich überwunden. Sogar Genosse Bodenmann übt sich diesmal in Harmonie – seinen Übermut konnte er ja kürzlich bei der vorgeschlagenen Armee reform à la SP loswerden!

Wer sich heute gegen die Neuordnung der Bundesfinanzen ausspricht, begibt sich hoffnungslos in die Minderheit. Herbe (bürgerliche) Kritik und beissender Spott sind ihm sicher. Als ewiger Neinsager blockiere er die gewünschte Integration der Schweiz in Europa auf Jahre hin, und zudem sabotiere er den soeben wieder gefundenen parteipolitischen Konsens mit der Linken. Zugegeben, die Vorlage entspreche nicht in allen Teilen dem erhofften Wunschkind. Aber nach jahrelangen Geburtswehen und einer Entbindung in letzter Minute sei man

froh, die Zangengeburt endlich überstanden zu haben. Die Zukunft biete sicherlich Gelegenheit, Fehler und Mängel auszumergen. So gesehen sei die Bundesfinanzreform ein Schritt in die richtige Richtung. Grosse Würfe sind bekanntlich ohnehin nicht gefragt.

Im Wissen, dass Herr und Frau Schweizer offen deklarierte Steuererhöhungen regelmässig ablehnen und unser in letzter Zeit wieder gefräßig gewordener Finanzminister seine bald schon leere Staatskasse hütet wie eine Henne ihr Ei, kam für unsere Parlamentarier nur eine scheinbar ausgeglichene und damit ertragsneutrale Vorlage in Frage. Die Mehreinnahmen von jährlich über 400 Millionen Franken sind denn auch kaum der Rede wert. Damit ihr trotz allem keine Gegner erwachsen, wurden zudem nach allen gewichtigen Seiten Geschenke verteilt: Wer ist schon gegen die Sicherung der AHV? Wer möchte nicht, dass unser Finanzplatz (ins Hintertreffen) geraten und die arg gebeutelte Exportwirtschaft wieder zur internationalen Konkurrenz aufschliessen können? Wer findet die Besteuerung des immer bedeutenderen Dienstleistungskonsums nicht längst überfällig? Auf die Befristung der neuen Ordnung könne gestrichelt werden, liess sich doch in der Vergangenheit das rasante Ausgabenwachstum und damit das Ansteigen der Steuerlast weder bremsen noch verhindern.

Trotz all diesen wortgewaltig vorgetragenen Gründen für ein Ja kommt beim Bürger kaum echte Freude auf. Das Resultat beinahe jeder angepriesenen Steuerreform gipfelte schliesslich in der extrem hohen Zuwachsrate der Fiskalbelastung von über fünfzig Prozent in den letzten zwanzig Jahren.

Wie dem auch immer sei, die Abstimmungsvorlage berücksichtigt wichtige Grund-

sätze einer zukunftsgerichteten Finanzordnung nicht:

- Die Staatsquote wird weder begrenzt noch gar gesenkt. Die dauernde Überwälzung neuer Aufgabenbereiche auf den Staat und drohende leere Kassen rufen gierig nach neuen Einnahmen. Sich diesem Ruf beherzt und konsequent zu widersetzen, wagen sich stets weniger Bürgerliche. So schmolz denn unser einstiger Standortvorteil im internationalen Vergleich beängstigend dahin. Echte Massnahmen, um dem entgegenzuwirken, werden zwar begrüsst; sie aber durchzusetzen, dafür fehlt überall der Mut. Dank Kompromisspaketen muss man sich nicht exponieren, was so kurz vor Wahlen äusserst angenehm ist . . .

- Die dringend nötige massive Verringerung oder gar Abschaffung der direkten Bundessteuer fand keine Erwähnung. Nach wie vor wird der Leistungswille statt der Verbrauch besteuert. Gerade vor der anstehenden Herausforderung «Europa» könnte sich dies verhängnisvoll auswirken.

- Eine Neuordnung der Bundesfinanzen hat sich auf Dauer auszurichten. Keinesfalls darf sie kurzfristigem Wunschdenken entspringen oder gar am Jasstisch der Tagespolitik entworfen werden. Es grenzt an puren Opportunismus, heute Ja zu sagen im Wissen, baldmöglichst das soeben Beschlossene teilweise wieder über Bord zu werfen.

- Der Aufwand, eine Steuer zu erheben, darf nicht grösser sein als der daraus fliessende Ertrag. Bei einem vorgesehenen Satz von 1,5 Prozent kann dies nie der Fall sein.

So bleibt nun die alles entscheidende Gretchenfrage, ob ich als Stimmbürger am kommenden Wochenende ein Ja oder ein Nein in die Urne legen soll. Mit einem Ja beseitige ich die wettbewerbsverzerrenden Belastungen der Wirtschaft und Sorge teilweise für eine gerechtere Besteuerung. Gleichzeitig befürworte ich eine potentielle markante Erhöhung der Staatsquote und führe eine vor kurzem abgeschaffte Steuer wieder ein. Als Bürgerlicher verpflichte ich mich, soeben geschaffene Strukturfehler raschmöglichst abzuschaffen. Ob ich allerdings die Kraft dazu habe, wird sich erst noch weisen.

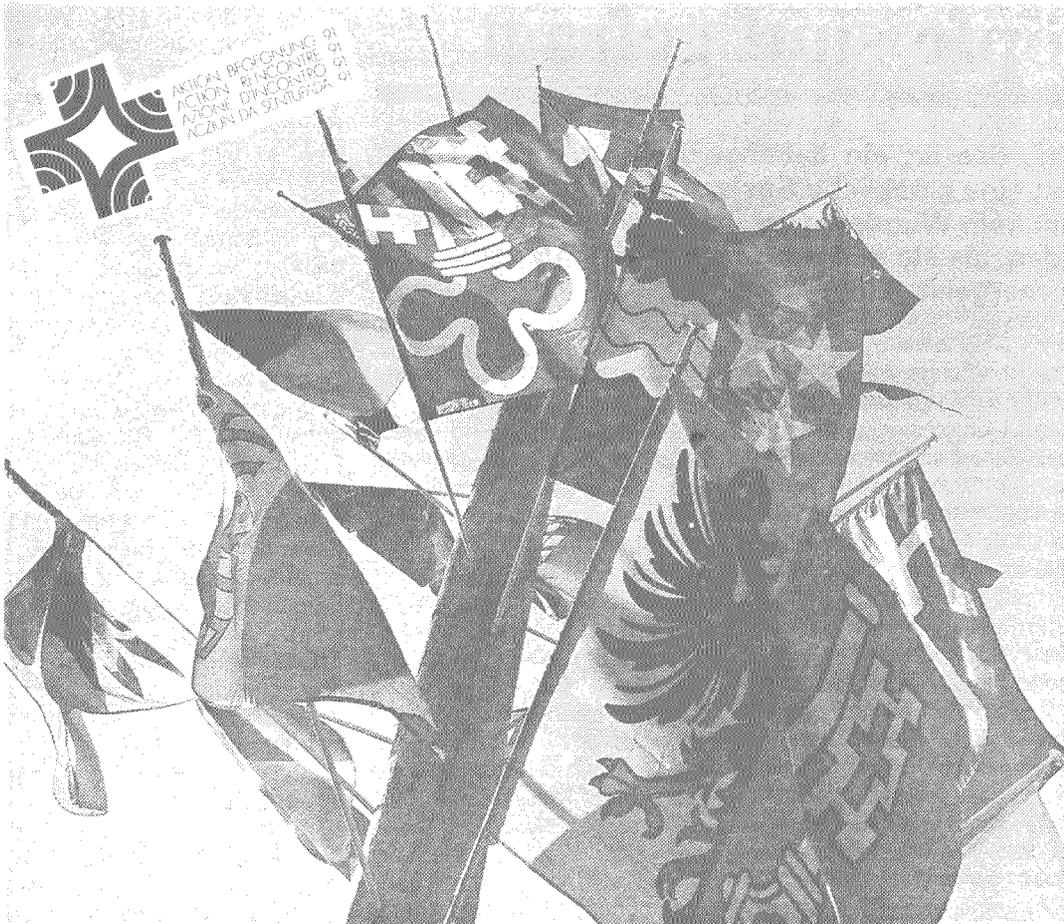
Und mit einem Nein? Mit einem Nein öffne ich den Weg zu einer echten und umfassenden Neuordnung der Bundesfinanzen ohne billige Kompromisse und erspare mir den Umweg über den Erlass einer von Anbeginn reformbedürftigen Vorlage. Mit einem Nein beseitige ich die Gefahr einer sehr bald hereinbrechenden Erhöhung der Steuerlast. Mit einem Nein gebe ich die Finanz- und Steuerpolitik nicht aus den Händen.

Die uns verbleibende Zeit bis Ende 1994 genügt bei entsprechendem Willen vollauf, eine durchdachte und zielkonforme Vorlage zu verabschieden, welche unserem Land wieder einen der vordersten Plätze im internationalen Wettbewerb sichert. Das Finden des kleinsten gemeinsamen innenpolitischen Nenners dürfte allerdings auch dann zumal einen äusserst schlechten Massstab abgeben. Beherzte Köpfe, welche sich engagieren und gelegentlich auch exponieren wollen, sind gefragt! □

Parolen der JBS

An der Delegiertenversammlung vom 4. Mai 1991 beschloss die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS):

- mehrheitlich die **Ja-Parole zur Neuordnung der Bundesfinanzen** und
- mit überwältigendem Mehr die **Ja-Parole zur Revision des Militärstrafgesetzes.** □



Über tausend Gemeinden aus allen 26 Kantonen empfangen «Heimweh-Bürgerinnen und -Bürger» zu einem Begegnungstag.

Begegnungstag am Heimatort

«Zurück zu den Wurzeln» heisst das Motto, mit dem 1080 Schweizer Gemeinden ihre auswärts lebenden Bürgerinnen und Bürger zu einem «Begegnungstag am Heimatort» empfangen. Rund ein Dutzend solcher Treffen im Rahmen der Aktion Begegnung 91 sind bereits erfolgreich durchgeführt worden. Wer am Begegnungstag seines eigenen Heimatortes teilnehmen möchte, kann sich bei der betreffenden Gemeindekanzlei anmelden. Einladungen werden in der Regel keine verschickt.

er. Bereits sind mehrere Begegnungstage erfolgreich durchgeführt worden. Den Auftakt machte Bellinzona am 12. Januar 1991. Unter den 400 Teilnehmern, die sich im Bottazelt versammelten, befand sich sogar ein «Heimweh-Bellinzer» aus Kalifornien. Interlaken lud seine auswärts lebenden Bürgerinnen und Bürger zu einem «Züpfzorg» in den nostalgischen Kursaal ein: Mehr als ein Drittel der gesamten Bürgerschaft folgte dem sympathischen Aufruf.

Aber auch Begegnungstage in kleinen Gemeinden wie Kaufdorf im Gürbetal oder Cimo im Malcantone stiessen auf ein erfreuliches Echo.

Frauen ergriffen die Initiative

Den Stein ins Rollen brachte die Einführung des neuen Ehegesetzes. Die Tatsache, dass Tausende von Frauen ihr altes Bürgerrecht zurückforderten, ermunterte den Bund schweizerischer Frauenorganisationen, die starken gefühlsmässigen

Bindungen vieler Schweizerinnen und Schweizer an ihren Heimatort 1991 zu vertiefen. Aus allen 26 Kantonen haben nun mehr als ein Drittel sämtlicher Gemeinden die Gelegenheit zum Dialog mit ihren Heimatberechtigten beim Schopf gepackt.

Informationsbroschüre gratis erhältlich

Wer sich neugierig auf die Suche nach den eigenen Wurzeln machen oder seinen Heimatort aus neuer Perspektive erleben will, kann seine Teilnahme telefonisch oder schriftlich bei der betreffenden Gemeindeverwaltung anmelden.

Die Broschüre «Begegnungstag am Heimatort» mit sämtlichen Daten, Programmen und einem Anmeldetalon ist gratis erhältlich bei Gemeindeverwaltungen oder bei: Aktion Begegnung 91, Postfach, 4501 Solothurn (bitte adressiertes und frankiertes Kuvert C 5 belegen). □

Mythenspiel

Schwyz ist im Jubiläumsjahr 1991 Schauplatz eines aussergewöhnlichen Ereignisses: Im Rahmen des «Festes der Eidgenossenschaft» wird dort das offizielle Schauspiel zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft aufgeführt.

Das Mythenspiel wurde von Herbert Meier eigens für den bedeutenden Anlass in Schwyz geschaffen. Dem erfolgreichen Solothurner Schriftsteller gelang mit dem Mythenspiel ein zeitkritisches Stück im Spannungsfeld zwischen der Gegenwart und den Wurzeln bodenständiger Mythologie. Regie bei diesem grossen Landschaftstheater mit Musik führt der Wiener Regisseur und Bühnenbildner Hans Hoffer.

Die Welturaufführung des Mythenspiels findet am 20. Juli statt, inszeniert wird das Stück auf einer grossen Freilichtbühne am Fusse der mächtigen Mythen. Zu den insgesamt 23 Aufführungen zwischen dem 20. Juli und dem 7. September werden rund 80 000 Besucher erwartet.

Vorverkauf: Informationsstelle 700-Jahr-Feier im Raume Schwyz, Postfach 700, 6430 Schwyz, Telefon (043) 23 19 91, Fax (043) 21 28 21. □

Unsere Produkte sind

**Ideen
Qualität
Nutzwerte
Freude
Sicherheit**

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich
Tel. 01/316 13 00, Fax 01/316 13 94

Spaltenstein
IMMOBILIEN AG



Elegantes Accessoire

Weiss, blau, rot – in ihren Farben hat die FDP ein neues Foulard kreiert. Aus reiner Seide, versteht sich. Als elegantes Accessoire setzt es Ihrem Mantel, Ihrer Bluse den modischen Farbtupfer auf. Bestellen Sie es, solange der Vorrat noch reicht!

Kostenpunkt: Fr. 50.–

Ja, ich bestelle _____ Exemplar(e) des Foulards aus reiner Seide à Fr. 50.–

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern

Taxcard «Freiheit gewinnt»



Auf der Rückseite mit den Telefonnummern der Kantonalsekretariate.

Taxwert Fr. 2.–, Vorderseite 4farbig, Rückseite 3farbig. Bestellen Sie die Taxcards beim Generalsekretariat.

Preis Fr. 4.–/Stück

Ja, ich bestelle ... Stück Taxcard Fr. 4.–

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern.

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich

für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Neue Zürcher Zeitung, Fremdsprachen «Freisinn FDP», Postfach, 8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11.

ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

FDP-Krawatte «new look»

Weiss, Rot, Blau – in ihren Farben hat die FDP eine neue Krawatte aus Seide kreiert. Bestellen Sie, solange der Vorrat reicht. Kostenpunkt: Fr. 40.–

Ja, ich bestelle ... Exemplar(e) der neuen FDP-Krawatte à Fr. 40.–

Name _____

Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat,
Postfach 6136, 3001 Bern



Kleber «Freiheit gewinnt»

4farbig, 60x84 mm
Preis Fr. 50.–/500 Stück

Wir wünschen Zustellung von ... Stück Kleber

Vorname/Name _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____



Warum nur wenige Minuten?

Die Sitzung des Ständerats am letzten Sessionstag dauert meist nur wenige Minuten. In der Öffentlichkeit stösst dies häufig auf Kritik. Warum müssen die Ständeräte dafür noch eine Nacht mehr in Bern bleiben, einen Sitzungstag mehr beanspruchen? Liesse sich diese Kurzsitzung nicht einen Tag früher unterbringen, oder liessen sich am letzten Sessionstag nicht noch andere Geschäfte traktandieren?

Die Antwort entnehmen wir dem Buch von NZZ-Bundeshaus-Korrespondent Urs Marti: Zwei Kammern – ein Parlament, Verlag Huber, Frauenfeld 1991, S. 33:

«Die Schlussabstimmungen erfolgen in der Regel am letzten Sessionstag und bilden meistens im Ständerat das einzige Traktandum, so dass dessen Schlussitzung oft nur fünf bis zehn Minuten dauert. Dies stösst in der Öffentlichkeit häufig auf Unverständnis, hat aber durchaus seine Berechtigung. Im Gegensatz zum Nationalrat ist der Ständerat fast immer in der Lage, das ihm vorgelegte Sessionsprogramm bis zum vorletzten Sitzungstag zu bewältigen. Differenzen zwischen den beiden Kammern können dagegen vielfach erst in der dritten Sessionwoche abschliessend bereinigt werden, so dass die Redaktionskommission erst am vorletzten Sitzungstag zusammenrücken kann. Am Eröffnung- und am Schlussstag jeder Session haben zudem beide Räte eine Sitzung abzuhalten, und die Schlussabstimmungen müssen am gleichen Tag in jedem Rat stattfinden, weil der Erlass auch ein Datum trägt, das mit jenem, an welchem die Schlussabstimmung vorgenommen wird, identisch ist.»

Antwort

Mutzli

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz ist – man weiss es – intensiv mit dem Dossier Europa beschäftigt. Trotz den Schwierigkeiten in Brüssel und im eigenen Land hat er dabei weder den Mut noch den Humor verloren. Selbstironisch meinte er unlängst, Verhandlungen wären natürlich um einiges leichter, wenn man allein wäre. Er gab dann aber gleich zu bedenken: «Aber das wären dann keine Verhandlungen mehr.»

An der Medienorientierung über die Haltung des Bundesrates beim Ministertreffen in Brüssel fragte ein Journalist Bundesrat Delamuraz, ob er von Frankreich eine besondere Unterstützung erwarte für die Haltung der Schweiz. Aufmerksamen Zeitungslesern ist nicht entgangen, dass Frankreichs Rüstungsindustrie der Schweiz zum Teil recht plump Unterstützung verspricht, wenn die Schweiz nur ja den Mirage 2000-5 kauft. Delamuraz' Antwort auf diese heikle Frage? – «Je ne crois pas aux mirages.»

Das Phänomen Brüssel schilderte unser Volkswirtschaftsminister so: «Nehmen Sie die Minister von Bonn und Paris und versetzen Sie sie nach Brüssel – es sind nicht mehr die gleichen.»

Dem ganzen Medienrummel rund um die EG/EWR-Verhandlungen steht Bundesrat Delamuraz kritisch gegenüber. Es gebe heute eine «surinformation». Heute halte man Pressekonferenzen ab, bevor die Ereignisse überhaupt stattgefunden haben.

Nicht zum ersten und gewiss nicht zum letzten Mal fasste Bundesrat Delamuraz in einer internen Arbeitstagung die EWR/EG-Diskussionen in einem Stossgebet zusammen: «Herr, gib mir Geduld, aber sofort.»

Diese interne Arbeitstagung fand im Bundeshaus, im Zimmer der CVP-Fraktion, statt. Mit Blick auf das dort aufgehängte Bild von Bundesrat Giuseppe Motta meinte Bundesrat Delamuraz beschwichtigt:

«Das ist der einzige, der im Bundeshaus aufgehängt ist.»

An der gleichen Sitzung meinte Nationalrat Ulrich Fischer (FDP/AG) zur freisinnigen Pressechefin Anna-Marie Kappeler, sie solle dann beim Communiqué den Vize-Aussenminister Nationalrat Ernst Mühlemann (FDP/TG) nicht vergessen. Darauf Mühlemann: «Den <Vize> könnt ihr weglassen!»

Noch einmal Bundesrat Delamuraz: Traf er doch unlängst Freddy Knie. Bundesrat Delamuraz fragte ihn, wie es ihm denn so mit seinem Zirkus gehe. Darauf Knie: «Gut. Und dir mit deinem?»

Auch Bundesrat Otto Stich ist für schlagfertige Antworten bekannt. Als er beim freisinnigen Presseverband gefragt wurde, was passiere, wenn am 2. Juni 1991 die neue Bundesfinanzordnung abgelehnt werde, meinte er doppelsinnig: «Ein Finanzminister soll nicht spekulieren.» Um darauf auch tatsächlich zu schweigen.

Schwierigkeiten mit der Herkunft der Politiker bekundete die «Schweizer Illustrierte», die Nationalrat Paul Zbinden zwar der richtigen Partei, CVP, aber dem falschen Kanton zurechnete. Ob wohl die Rose den Weg nach Freiburg gefunden hat, nachdem der A-/B-Post-Gegner von der Redaktion fälschlicherweise dem Kanton Aargau zugeordnet worden war? Nicht zu verargen wäre es jedenfalls, wenn der fehlgeleitete Pöstler die redaktionelle Leistung im Hause Ringier ebenfalls nur mit «B»-würdig qualifizieren würde.

«Ich möchte Herrn Ruf (ehem. NA/BE) mit auf den Weg geben, dass wir Politiker im Berner Oberland schon noch selber imstande sind, für das Glück unserer Bürger zu sorgen», meinte in währschafter Bauernart Fritz Hari (SVP/BE) zum Rechtsaussenpolitiker, der Widerstand gegen die Alpen-transversale im Kandertal geortet hatte.



«ACH JA... HIER HÄTTE ICH NOCH DREI EXTRAWÜRSTCHEN!»

Landwirtschaftspolitik wohin?

Jedes Jahr verlassen in der Schweiz 3000 Bauernfamilien ihre Höfe. In den letzten fünfzig Jahren ist die Anzahl der Haupterwerbsbetriebe um 60 Prozent zurückgegangen. Noch knapp vier Prozent unserer Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft.

Ständerat
Ernst Rüesch, St. Gallen

Unsere Bauern fühlen sich durch eine kommende Öffnung der Grenzen in ihrer Existenz bedroht. Die Ackerbauprodukte sind in der EG vierzig bis fünfzig Prozent billiger, die Milch um die Hälfte und das Schlachtvieh um ein Drittel. Ein Beitritt zur EG gäbe für unsere Landwirtschaft einen Ertragsausfall von drei Milliarden Franken pro Jahr.

Ein positiver Abschluss der Gatt-Verhandlungen ist für unsere Exportwirtschaft lebenswichtig. Jeden zweiten Franken unseres Volkseinkommens verdienen wir mit dem Export. Im Gatt drängen die grossen Agrarnationen auf Freihandel auch im Agrarsektor. Der Bundesrat hat eine zwanzigprozentige Zollsenkung und eine reale Senkung der Ausfuhrsubventionen für Agrargüter von dreissig Prozent innerhalb von zehn Jahren angeboten. Die EG hat dem Gatt dreissig Prozent angeboten. Dies war den Agrarnationen zu wenig. Die Verhandlungen wurden vertagt. Ein Scheitern der Gatt-Verhandlungen könnte zu einem «Handelskrieg» zwischen den grossen Blöcken EG, USA und Japan führen.

Innenpolitische Sorgen

Neben diesen aussenpolitischen Problemen bedrücken innenpolitische Sorgen unsere Bauern. Dazu gehören das Problem der Überschussproduktion und der gegenwärtige Rückstand im Paritätslohn, der besonders in den Berggebieten krass ist. Grosse Mehrkosten sind den Bauern mit dem Gewässerschutzgesetz



Ständerat Ernst Rüesch: «Bauern und Nichtbauern müssen zusammenstehen, um unseren Bauernstand zu erhalten.»

und dem Tierschutzgesetz erwachsen. Dazu kommt neu die Forderung zum besseren Schutz des Bodens durch den Übergang zur integrierten oder biologischen Produktion.

Was ist zu tun? Vorerst sei daran erinnert, dass der Verfassungsauftrag, einen gesunden Bauernstand zu erhalten, nach wie vor besteht.

Massnahmen

An erster Stelle steht die Selbsthilfe, wie sie der Schweizerische Bauernverband seinen Mitgliedern empfiehlt. Dazu gehören ein besseres Eingehen auf die Wünsche der Konsumenten, ein besseres Marketing, ein vermehrtes Zusammenarbeiten in Betriebsgemeinschaften mehrerer Familien im Einsatz teurer Maschinen und eine verbesserte Berufsbildung.

An zweiter Stelle liegt ein Bouquet von Massnahmen zu Strukturverbesserungen, wie sie vom Parlament in Bern schon verabschiedet oder beraten werden. Dazu gehören:

- Bewirtschaftungsbeiträge für die Landwirtschaft in erschwerteren Bedingungen.
- Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Berggebieten.
- Kostenbeiträge an Viehhalter im Berggebiet.

● Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft.

● Im Budget 1991 wurden die Zahlungskredite für Strukturverbesserungsmassnahmen gegenüber den Anträgen des Bundesrates vom Parlament um fast hundert Millionen Franken aufgestockt.

Drittens ist das neue landwirtschaftliche Bodenrecht zu nennen. Sein Leitbild ist der landwirtschaftliche Familienbetrieb. Er soll die Landwirtschaft vor Spekulation schützen, die Zerstückelung der Güter verhindern und den Selbstbewirtschaftlicher bevorzugen.

Die wichtigste Neuerung in der Agrarpolitik besteht wohl viertens im Einsatz von vermehrten Direktzahlungen.

Der Bundesrat hat eine Vernehmlassung für eine Änderung des Landwirtschaftsgesetzes eröffnet. Nach dieser sollen allgemeine und nicht produktbezogene Direktzahlungen zur Ergänzung einer mehr marktwirtschaftlich orientierten Preispolitik sowie zur Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen eingeführt

werden. Ferner sieht diese Neuerung Direktzahlungen für besonders umweltschonende Produktions- und Bewirtschaftungsformen auf freiwilliger Vertragsbasis vor. Wenn der Schutz unserer Landwirtschaft an den Grenzen – sei es durch Gatt oder EG – fällt, bilden die Direktzahlungen das zentrale Mittel um die weitere Existenz unserer Landwirtschaft, wie dies von der Verfassung verlangt wird, sicherzustellen.

Fünftens stehen wir vor einer Wende in unserer Ackerbaupolitik. Wir haben eine Überproduktion an Getreide, vor allem wegen des gewaltig angestiegenen Ertrages pro Flächeneinheit. Vor dem Parlament liegt eine Revision des Getreidegesetzes. Mit dieser werden Stilllegung von Ackerflächen, eine extensive Nutzung und die Ausrichtung von betriebs- und flächengebundenen Ausgleichszahlungen anstelle der produktbezogenen Zulagen ermöglicht. Zur Diskussion steht mittelfristig auch die teilweise Umstellung auf den Anbau nachwachsender Rohstoffe als Energieträger.

Weitere gute Ideen sind erwünscht. Wir alle, Bauern und Nichtbauern, müssen zusammenstehen, um unsern Bauernstand zu erhalten. □